

Fort mit diesem Reichstag!

Von Victor Schiff

„Il est une heure que l'histoire ne pardonne pas: l'heure des dupes.“ Jean Jaurès, 1913.

„Es gibt eine Stunde, für die die Geschichte keine Entschuldigung kennt: die Stunde der Däpierten.“

Seit dem November 1923 erfüllen Reichsregierung und Ruhrindustrie die Welt mit — kaum übertriebenen — Wehklagen über die Un-erfüllbarkeit der Micum-Diktate; seit diesem Frühjahr ertönt das traditionsmäßig stark übertriebene Gejammer der Landwirtschaft von der drohenden Katastrophe; die Betriebsstillegungen nehmen einen ungeheuren Umfang an; die jahrelang fast leere offizielle Konkurstabelle füllt jetzt täglich halbe Spalten im Handelsteil unserer Zeitungen.

Und das ist der Augenblick, in dem Reichsminister, Regierungsparteien und sogar demokratische Journalisten von „Voraussetzungen“ unserer Annahme des Dawes-Gutachtens reden und von unserer Fähigkeit, zu warten!

Und warum? Was hat sich denn eigentlich ereignet, das einen plötzlichen Umschwung in der Richtung verzweifelten Widerstandes rechtfertigen könnte? Die Pariser Verhandlungen zwischen Herriot und Mac Donald sind es, deren Ergebnisse so furchtbar enttäuschend für Deutschland sein sollen. Ist denn dieses Kompromiß wirklich so schlimm für Deutschland?

Gewiß: ein Rückschritt ist gegenüber der ersten Zeit nach den französischen Wahlen unverkennbar. Er äußert sich weniger in Worten und in konkreten Tatsachen als in dem allgemeinen, unheimlichen Gefühl, daß die poincaristische Opposition im Parlament, besonders im Senat, und vor allem in der Pariser Presse doch so stark und rührig ist, daß ihre Intrigen, ihr lärmender Einspruch, ihre Drohungen, ihre Phrasen Herriot entgegen seiner inneren Ueberzeugung und seinen besseren, ehrlichen Absichten zu Rücksichten und Konzessionen nötigen, die den Uebergang in eine neue Aera der Verständigung psychologisch etwas erschweren. Vielleicht ist die von Poincaré drohende Gefahr nicht so groß gewesen, daß sie überhaupt Rücksichten erforderte, vielleicht ist es sogar ein grundsätzlicher Fehler gewesen, einem so zähen und anspruchsvollen Gegner gegenüber mit Zugeständnissen anzufangen, weil man ihn damit doch nicht befriedigt und entwapfnet, sondern umgekehrt nur zu größeren Ansprüchen und stärkerem Uebermut anspornt. Es liegt im Wesen der Reaktionäre aller Länder, daß man sie durch Konzessionen nicht los wird; im Gegenteil: davon wissen wir in Deutschland manch ein Liedchen zu singen. Und darin liegt die eigentliche Gefahr des Rückschritts der letzten Tage, die auch uns bedrückt: wir haben den Beginn der Zugeständnisse an die Minderheit des Nationalen Blocks erlebt und fragen uns instinktiv, wo und wie das enden wird.

Ueber dieses allgemeine unbehagliche Gefühl hinaus gibt es aber, bisher wenigstens, keinen konkreten Grund, sich wegen des Pariser Kom-

promisses sonderlich aufzuregen. Im Grunde genommen ist die Frage der Instanz, die über etwaige künftige Verfehlungen Deutschlands entscheiden soll, verhältnismäßig nebensächlich. Entscheidend war in der Vergangenheit viel weniger der Wortlaut und der Buchstabe der internationalen Abmachungen, als der Geist, der ihre Auslegung bestimmte, und die allgemeine politische Atmosphäre, in der sich die Entwicklung der Beziehungen der Völker zueinander vollzieht. Das gleiche gilt für die Art der Sanktionen und Pfänder, die im Falle vorsätzlicher deutscher Verfehlungen ergriffen werden können. Es können für Deutschland noch so günstige Bedingungen vereinbart werden, sie werden nicht verhindern können, daß einem nationalistischen und renitenten Deutschland gegenüber die schärfsten Zwangsmittel in Anwendung gebracht werden, vielleicht auch solche, die nicht ausdrücklich vorgesehen sein würden. Solange der Geist der Revanche von vielen Millionen Deutschen genährt wird, solange wird auch in Frankreich der Ruf nach Anwendung der schärfsten Sanktionsmittel gegen jede Verfehlung nicht verstummen. Mit fast ebensolcher automatischen Sicherheit wie in der Physik tritt das Gesetz der kommunizierenden Röhren auch in den deutsch-französischen Beziehungen in Erscheinung. Nationalismus drüben erzeugt Nationalismus hüten, und umgekehrt. Und ebenso wie die deutsche Demokratie langsam, aber sicher daran zugrunde ging, daß in Frankreich die Kammer vom 16. November 1919 herrschte, ebenso wird sich der Kurs Herriot-Blum in Frankreich nur behaupten können, wenn der Reichstag vom 4. Mai 1924 schleunigst verschwindet.

Viel wichtiger und bedenklicher wäre es, wenn man aus den Berichten über das Pariser Kompromiß zu der Ueberzeugung gelangen müßte, daß Frankreich sich vor den eigenen Verpflichtungen zu drücken versucht, die ihm das Dawes-Gutachten für seinen Teil auferlegt. Zweifellos war das unter Poincaré der Fall: dieser widerwärtige Rabulist hatte zwar als Ministerpräsident dem Sachverständigenprogramm bereits zugestimmt, aber dieses Lippenbekenntnis verbarg zahllose Winkelzüge hinsichtlich der Räumungsfristen, selbst der wirtschaftlichen. Offenbar sucht er einen Teil seiner eigenen Vorbehalte Herriot aufzuzwingen, vor allem bezüglich der militärischen Räumung, und, in einem konstruierten Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage, sogar bezüglich der wirtschaftlichen Evakuation (Rückgabe der Regiebahnen). Bis zu einem gewissen Grade scheint er dabei die Unterstützung der belgischen Regierung zu finden, die zwar etwas vernünftiger war als der Nationale Block, aber viel unvernünftiger ist als der Linksblock. Der hauptsächlichste Einwand der Belgier soll darin bestehen, daß sie mit der Ruhrräumung erst nach der „Flüssigmachung“ der Pfänder (commercialisation des gages) beginnen wollen. d. h. erst, nachdem die Eisenbahnobligationen in den Handel gekommen sind. Mac Donald und auch Herriot vertreten dagegen den Standpunkt, daß die Räumung nur von solchen Bedingungen abhängig gemacht werden dürfe, deren Erfüllung von Deutschland abhängt — vor allem die Gesetzesannahme —, nicht aber von Maßnahmen, auf deren Erledigung Deutschland keinen Einfluß hat. Ein richtiger, vernünftiger Standpunkt, von dem, wie es scheint, bei den Pariser Besprechungen nicht abgewichen wurde.

Die Frage der militärischen Räumung ist im Dawes-Gutachten bewußt nicht besprochen worden, sie gehört also nicht offiziell zum Gegenstand der kommenden Verhandlungen Deutschlands mit der Entente. Deshalb ist es grundfalsch, wenn deutscherseits — und gar von amtlicher Stelle, wie bei der jüngsten Rede Stresemanns in Elberfeld — die militärische Räumung zu einer „Voraussetzung“ unserer Annahme gemacht wird. Die militärische Räumung ist nicht nur in den Augen der Deutschen, der Amerikaner, der Engländer, sondern auch der Führer der

Linksmehrheit in Frankreich eine Selbstverständlichkeit, eine logische Schlußfolgerung aus der beiderseitigen Annahme des Gutachtens und seinem Inkrafttreten. Deutschland erschwert aber ganz überflüssigerweise den ohnedies nicht leichten Stand Herriots gegenüber seinen zahllosen und perfiden Gegnern, wenn es die Forderung der militärischen Räumung immer wieder ausspricht und dadurch zu einer Prestigefrage stempelt.

In Wirklichkeit ist der Abzug der französisch-belgischen Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet eine Frage des Vertrauens. Und die Dinge liegen nun einmal so, daß dieses Vertrauen auf beiden Seiten fehlt: Deutschland möchte es vorerst schwarz auf weiß haben, daß das Ruhrgebiet auch militärisch geräumt wird, ehe es seine Unterschrift unter das Gutachten setzt. Frankreich möchte sich nicht der Gefahr aussetzen, daß es durch Abzug seiner Truppen sein letztes Pfand aus der Hand gibt, um dann von einer Bürgerblockregierung unter maßgebendem deutschnationalen Einfluß hören zu müssen: „Jetzt könnt ihr uns Das Dawes-Programm ist unerfüllbar. Wir haben es immer gesagt. Wenn ihr trotzdem was haben wollt, kommt es euch holen, wenn ihr Lust habt, das Unternehmen ein zweites Mal zu riskieren!“

Das deutsche Mißtrauen stützt sich auf die Vergangenheit.

Das französische Mißtrauen stützt sich auf die Gegenwart.

Daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein starkes Mißtrauen gegenüber der Entente herrscht, ist nicht weiter verwunderlich, nach alledem, was es in den letzten fünf Jahren erleben mußte. Das Argument der 14 Punkte Wilsons läßt sich ebensowenig mit einer einfachen Handbewegung aus der Welt schaffen, wie das Argument Oberschlesiens. Und selbst wenn der Kurswechsel in Frankreich ausgereicht hätte, um dieses Mißtrauen zu beseitigen, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß Herriot von seinen Gegnern hart bedrängt wird und daß niemand weiß, wie lange und um welchen Preis er sich wird halten können. Deshalb wäre es das Richtigeste und Klügste gewesen, wenn Deutschland in den ersten Wochen der Regierung Herriot alles getan hätte, um die Aufgabe des französischen Ministerpräsidenten zu erleichtern, um den Poincaristen die Miniarbeit zu erschweren. Ist das geschehen? Eher das Gegenteil. Wie sehr hätte man z. B. die Stellung Herriots — und nicht zuletzt Deutschlands selbst — stärken können, wenn man die Militärkontrollnote, von der jedermann wußte, daß sie schließlich doch vorbehaltlos angenommen werden müßte, sofort, freiwillig angenommen hätte, ohne eine besondere Mahnung aus Chequers und den allerletzten Tag der gestellten Frist abzuwarten!

Man hat dies nicht gewagt — aus Angst vor diesem Reichstag. Die Reichsregierung wagte es nicht, die Militärkontrollnote vor dem letzten Zusammentritt des Reichstags zu beantworten, weil sie eine Interpellation und einen Mißtrauensantrag der Deutschnationalen befürchtete, für den außer den Deutschvölkischen und den Kommunisten auch noch die Deutsche und die Bayerische Volkspartei gestimmt hätten! Die Reichsregierung hofft noch immer, zumindest einen modus vivendi mit den Deutschnationalen zu finden. Der Leitgedanke der Deutschen Volkspartei in allen Fragen der inneren und der auswärtigen Politik bleibt der Bürgerblock: Nur nicht die Brücke zu den Deutschnationalen abbrechen, auch wenn dabei das Reich in die schlimmsten Verlegenheiten gerät! Dieses törichte, frevelhafte Spiel dauert schon seit zwei vollen Monaten an, zwei Monaten, in denen eine offene und mutige deutsche Politik wesentlich hätte dazu beitragen können, die Stellung Herriots zu festigen und damit auch die Lage Deutschlands zu bessern.

Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, wenn man im Lager der Entente, besonders in Frankreich, das stärkste Mißtrauen gegenüber Deutschland hegt? Ist dieses Mißtrauen nicht durchaus berechtigt? Ist ein Deutschland, das behauptet, das Sachverständigengutachten und die militärische Abrüstung loyal ausführen zu wollen, und das sich gleichzeitig anschickt, die erbitterten Gegner der Erfüllungspolitik in die Reichsregierung hineinzunehmen, überhaupt verhandlungsfähig und vertrauenswürdig? So muß die Frage in aller Brutalität gestellt werden, denn es ist die Kern- und Schlüsselfrage zu der ganzen politischen Entwicklung Deutschlands und Europas in den kommenden Zeiten.

Solange man in Deutschland, vor allem bei den Mittelparteien, nicht einsehen wird, daß die Deutschnationalen eine Pest sind, die man bekämpfen muß, mit der es aber kein Paktieren geben kann, solange werden wir weder innerpolitisch noch außenpolitisch vorwärts kommen. Einer Reichsregierung gegenüber, in der die Deutsche Volkspartei sitzt, ist es für die Sozialdemokratie schon schwer genug, sich neutral zu verhalten. Aber gegenüber einem Kabinett mit Deutschnationalen kann es für die Sozialdemokratie nur eine Haltung geben: rücksichtslose Bekämpfung.

Außenpolitisch bedeutet die Bürgerblockregierung, auch nach Annahme der Sachverständigengesetze, das sofortige Ende der kaum eingeleiteten deutsch-französischen Annäherung. Mit den deutschen Monarchisten, mit den Anhängern des Revanchekrieges wird keine französische Regierung paktieren. Eine militärische Räumung des Ruhrgebiets wird gefährdet, solange auch nur die Möglichkeit besteht, daß die Bürgerblockregierung zustande kommt. Das hat Herriot selbst vor und nach seinem Regierungsantritt uns oft und deutlich genug zu verstehen gegeben. Und das ist der eigentliche Grund der außenpolitischen Verschlechterung der letzten Tage. Man will sich drüben nicht auf dem Wege des Bürgerblocks durch Deutschland düpierten lassen.

Das können wir Sozialdemokraten um so leichter begreifen, als wir selbst auf dem besten Wege waren, uns in derselben Weise düpierten zu lassen. Zum Glück sind Regierung und Rechtsparteien gezwungen worden, ihre Karten vorzeitig aufzudecken. Der Plan war zugleich etwas machiavellistisch und etwas plump. Er war jedenfalls niederträchtig.

Also: zur Annahme des Sachverständigengutachtens waren wir gut genug. Man ließ sich sogar von uns auf dem Wege zu dieser einzig möglichen Politik gern führen. Denn man dachte sich:

„Indem die Sozialdemokratie mit aller Macht und allen andern voran für die Annahme der Dawes-Gesetze eintritt, begibt sie sich zugleich aller Pressionsmittel, über die sie sonst gegen die Regierung verfügt. Unterdessen machen wir, was wir wollen: wir verhandeln und kühn handeln hinter den Kulissen mit den Deutschnationalen. Da die Zweidrittelmehrheit notwendig ist, müssen entweder die Deutschnationalen, wenigstens zum Teil, für die Gesetze stimmen bzw. sich der Stimme enthalten, oder es kommt zur Auflösung. Daran haben jedoch weder die Deutschnationalen noch die Deutsche Volkspartei irgendein Interesse; im Gegenteil. Deshalb müssen wir

1. die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Gesetzen durch Konzessionen — Schutzzölle — erkaufen,
2. unmittelbar nach Erledigung der Gesetze die Bürgerblockregierung bilden und
3. mit Hilfe der Bürgerblockmehrheit die Lastenverteilung im Sinne des „Schutzes der Privatwirtschaft“ regeln, z. B. durch Ablehnung der von Frankreich und England gewünschten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die achtstündige Arbeitszeit.

Und die Sozialdemokratie? Die bekommt eben, wie üblich, nach getaner Schuldigkeit im Interesse des deutschen Volkes ihren Tritt und mag sich nachher mit den Kommunisten und mit ihrer eigenen Opposition darüber auseinandersetzen, ob sie nicht ganz infam besch... wurde. Kommt es dann aus diesem oder jenem Anlaß zur Auflösung, dann ist es für uns Bürgerblockparteien ungleich günstiger als jetzt, wo Rechtsparteien und Kommunisten elend zusammengeprügelt werden würden.“

„Ja, alles schön und gut. Wenn aber die Sozialdemokratie rechtzeitig dahinterkommt, was wir mit ihr vorhaben?“

„Was kann sie tun? Das einzige, was sie tun könnte, wäre, ihrerseits die Auflösung zu erzwingen, indem sie auf einmal die Dawes-Gesetze ablehnt. Das wird sie aber nicht wagen. Denn wir würden sie eines unverständlichen Frontwechsels anklagen, wir würden auf die drohende Wirtschaftskatastrophe, auf die steigende Zahl der Arbeitslosen, auf die gefährdete Volksernährung hinweisen, wir würden schließlich an ihr bewährtes Verantwortungsgefühl und an ihren Patriotismus appellieren: Denkt an Rhein und Ruhr, usw.“

„Gewiß; aber die Deutschnationalen, die können seit Monaten drohen, ablehnen, hetzen. Und, obwohl wir immer wieder an ihren Patriotismus appellierten, sie an das Schicksal von Rhein und Ruhr ermahnten, laufen wir ihnen nach, kühn handeln wir mit ihnen und wollen wir sie um jeden Preis, entweder vor oder sogar nach der Erledigung der Dawes-Gesetze, in die Regierung hineinnehmen? Verstößt es dann nicht um so schlimmer gegen Treu und Glauben, wenn wir mit der Sozialdemokratie in dieser Weise umspringen?“

„Nicht darauf kommt es an, sondern auf die Tatsache, daß wir die Deutschnationalen bei der Lastenverteilung brauchen, während die Sozialdemokratie am Achtstundentag festhält und außerdem die Agrarzölle bekämpft.“

Das ist der saubere Plan, so steht die Partie. Die Frankfurter Resolution der Deutschen Volkspartei, die überstürzte, hinterhältige Einbringung der Schutzzollvorlage, die Haltung der Reichsbehörden auf der Genfer Arbeitskonferenz, all das sind die symptomatischen Bestandteile eines wohlüberlegten Kulissenspiels, dessen Hauptregisseure Jarres, Brauns, Scholz, Hergt und Luther heißen. Inwieweit Stresemann im Bilde war und das Spiel mitmacht, in dem letzten Endes wieder einmal sein eigener Kopf einen Teil des Einsatzes bildet, bleibe dahingestellt. Der Reichskanzler Dr. Marx hat allem Anschein nach, wie immer, keine Ahnung von alledem gehabt; sonst wäre er ein vollendeter Scheinheiliger, und dafür halten wir ihn nicht.

Die ganze Kombination hat jedoch einen Haken. Sie beruht auf einer falschen Voraussetzung: daß nämlich die Sozialdemokratie sich der Gefahren nicht bewußt sei, die der deutschen Arbeiterklasse und ihr selbst als Partei drohen, falls sie auf das letzte, durchschlagende Mittel freiwillig verzichtet, das in ihren Händen liegt.

Nach unserer Ueberzeugung kann davon gar keine Rede sein. Unser Verantwortungsgefühl gegenüber der deutschen Arbeiterklasse ist in der Tat unbegrenzt. Gerade deshalb aber müssen wir es ablehnen, uns lediglich als Stimmenkulis bei der Annahme der Gesetze im Reichstag gebrauchen zu lassen, um dann einer Bürgerblockmehrheit und -regierung die Möglichkeit zu geben, nicht nur das Friedenswerk zu sabotieren, sondern außerdem der deutschen Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus die Lasten der Reparationen einseitig aufzubürden. Das wäre im Gegenteil eine Verantwortungslosigkeit sondergleichen, für die wir die schwersten — und zum erstenmal seit Jahren wirklich berechtigten — Anklagen und Niederlagen einstecken müßten.

Im Vergleich zu dieser Verantwortung wiegt die andere federleicht, die wir übernehmen müssen: Wir machen den ganzen Bürgerblockplan mit einem Schlage kaputt, indem wir klipp und klar erklären: Wir machen nicht mehr mit, wir lehnen das Dawes-Programm ab — wenn ihr euch nicht zumindest gleichzeitig dazu feierlich verpflichtet, das Washingtoner Achtstundentag-Abkommen gemeinsam mit Frankreich und England zu ratifizieren. Wollt ihr das nicht, dann sucht euch eine Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz ohne uns ...

Das bedeutet Auflösung und Neuwahlen. Die wünschen wir ja gerade. Wir halten sie sogar auf alle Fälle für dringend geboten.

Dieser Reichstag ist die potenzierte Impotenz. Es ist absolut unmöglich, mit diesen 100 Deutschnationalen, 30 Völkischen und 60 Kommunisten etwas Vernünftiges anzufangen. Die Regierung und der Ältestenrat sind sich so sehr dessen bewußt, daß sie ihn so selten wie möglich zusammentreten lassen, damit er ja keinen Unfug anrichtet. So bleiben die wichtigsten Gesetze unerledigt und die dringendsten Schritte in der auswärtigen Politik werden unterlassen — siehe oben — bloß, weil man sie nicht vor dieser sogenannten Volksvertretung zu vertreten wagt. Dieser Reichstag bildet vor allem die moralische Grundlage, gewissermaßen den demokratischen Vorwand für die Bürgerblockpläne. Dieser Reichstag, der in einem Anfall von Fieber, Verzweiflung und Wahnsinn acht Tage vor dem französischen Umsturz zustande gekommen ist, enthält mehr als 200 Abgeordnete, die von einer deutsch-französischen Verständigung nichts wissen wollen — Deutschnationale, Völkische und Kommunisten — und die auch in Zukunft jede ernsthafte und konsequente Friedenspolitik sabotieren würden. Dieser Reichstag ist heute schon eine Gefahr für Europa und für Deutschland, morgen kann er zu einer Katastrophe werden. Das Volk muß befragt werden, ob es diese Katastrophe wünscht. Wenn ja, dann soll in Ludendorffs und Scholems Namen sein Wille geschehen!

Aber das Volk wird mit erdrückender Mehrheit anders antworten. Nur muß man ihm die Möglichkeit dazu geben, sich zu äußern, ehe es zu spät wird. Es wird uns dankbar dafür sein, daß wir durch unsere Entschlossenheit, ihm diese Möglichkeit verschafft haben werden. Das Geschrei des Frontwechsels brauchen wir nicht zu fürchten. Die Arbeiterschaft wird es verstehen und begrüßen, daß wir den gemeinen Betrug durchkreuzt haben, den die Drahtzieher des Bürgerblocks beabsichtigten. Sie wird sich um so weniger durch all die unehrlichen Schlagworte unserer Gegner täuschen lassen, als wir ihr klar vor Augen werden führen können, was unsere Gegner wollen: Beseitigung des Achtstundentages unter dem Vorwande der Reparationsleistungen. Auch der Hinweis auf die Verzögerung des Inkrafttretens des Sachverständigen-Programms, auf die drohenden Gefahren für die deutsche Wirtschaft, auf die Lage der besetzten Gebiete wird um so weniger wirken, als er von denselben Leuten ausgehen wird, die bereit waren, mit den schlimmsten Feinden des Gutachtens, mit den Deutschnationalen, gemeinsame Sache zu machen.

Im übrigen können wir den Gefahren, die eine Verzögerung mit sich bringt, steuern, indem wir beim Wiederausammentritt des Reichstags ein dreifaches Volksbegehren einbringen, für dessen schleunige Erledigung die Regierung verantwortlich wäre:

1. Die Gesetzentwürfe zum Sachverständigen-Gutachten treten sofort in Kraft.
2. Das Washingtoner Arbeitszeitabkommen erhält in Deutschland Gesetzeskraft und wird daher von der Reichsregierung sofort ratifiziert.
3. Der Reichstag wird aufgelöst.

Die Bürgerblock-Intriganten haben, wie es scheint, gemeint, mit Hilfe dieses Schand-Reichstags könnten sie mit der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft umspringen, wie es ihnen beliebt. Wir können ihnen eigentlich nur dankbar dafür sein, daß sie ihre Pläne so plump aufgedeckt haben. Noch in diesem Herbst wird die Welt erfahren, daß die deutsche Sozialdemokratie stärker, aktiver, kampflustiger denn je ist. Und der Sieg wird ihr gehören dank der Wahlparole:

Fort mit dem Bürgerblock-Reichstag!
Für den Achtstundentag!
Gegen den Zollwucher!
Für den Frieden!

Die neue Zollpolitik

Von Dr. Rudolf Jacobeit

Die Zeiten haben sich geändert. Der hohlen, unvaterländischen Nationalphrase folgt die Reaktion, diesmal die Reaktion von links. Die Gewerkschaften sprechen bei der Regierung vor, um mit ihr über die kommenden Reparationsgesetze zu verhandeln. Ihre Vorstellungen sind von solchem Ernst getragen, daß auch die Vertreter der Regierung zu begreifen scheinen, daß man nicht ohne weiteres über die Forderungen der arbeitenden Massen hinweggehen kann. Zwar ganz so ernst wie ihre Verhandlungen mit anderen Verbänden scheint die Regierung diese doch nicht zu nehmen. Ob daran die lang geübte Zurückhaltung der Gewerkschaften Schuld trägt, wollen wir hier nicht erörtern. Aber wir meinen, daß selbst offizielle Berichterstattung zum mindesten versuchen muß, dem Vorgang, der Stimmung und der Situation gerecht zu werden. Daß dies bei den Verlautbarungen der Reichsregierung in keiner Weise der Fall war, zeigt besonders, daß Minister Luther es notwendig fand, nochmals eine eingehende Klärung seiner Stellungnahme auszugeben.

Mit Streusandpolitik sind feste Gebäude nicht zu errichten. Und sie wird eben betrieben.

Selbst landwirtschaftliche Sachverständige halten die Wiedereinführung von Agrarzöllen in diesem Augenblick für wirtschaftlich nicht begründet. Im Wirtschaftsdienst erklärt Skalweit, die Zölle vermöchten die augenblickliche Notlage der Landwirtschaft nicht zu bessern. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre Betriebsmittel während der Inflationszeit in Substanz, Bodenverbesserung, Meliorationen, Gebäudeerweiterungen verwandelt, dagegen ihre Schulden fast gänzlich abgenommen bekommen. Sollte da nicht einmal die Frage gestellt werden, ob sie sich nicht nach solch gewaltiger Steigerung ihrer Vermögenswerte auch einmal ohne Zollschutz durch schwierige Zeiten durcharbeiten könne? Hilfe für die augenblickliche Not kann durch Krediterleichterung, vorübergehende Aufhebung von Ausfuhrverboten gebracht werden. Auch eine Herabsetzung der Umsatzsteuer für Müllereiprodukte hätte die in- und ausländischen Mehlpreise einander angleichen können, so daß das jetzt trotz der billigeren Inlandsgetreidepreise teurere Inlandsmehl mit dem Auslandsmehl wieder hätte in Konkurrenz treten können. Schon die Ankündigung der Erleichterung der Getreideausfuhr hat einen Preisaufruf für Getreide gebracht. Hilfsmöglichkeiten sind also vorhanden. Und wenn der Reichskanzler gegenüber dem Sturm, den die Zollvorlage hervorgerufen hat, die Öffentlichkeit auffordert, andere Wege vorzuschlagen, auf denen der Landwirtschaft Hilfe gebracht werden kann, so muß ihm erwidert werden, daß die Sachverständigen das längst getan haben. Doch darum geht es ja nicht. Auch wenn die

milden, sicherlich ernst gemeinten Worte des Reichskanzlers beruhigend die Öffentlichkeit glauben machen wollen, daß es sich bei dieser Vorlage lediglich um Hilfe für den bedrängten landwirtschaftlichen Stand gehandelt hat, die landwirtschaftliche Vorlage ist — und hier hilft kein Streusand — eine politische Vorlage, die allerdings der ganzen wirtschaftlichen Welt zeigt, wie weit die deutsche Politik sich noch im alten Phrasentum und in antiquierten Schlagwortforderungen bewegt. Das geht so weit, daß selbst wirtschaftlich völlig abwegige Programmforderungen gestellt und erfüllt werden müssen. Die Armut an politischem Geist ist so groß, daß nicht einmal die Programme den wirtschaftlichen Situationen angepaßt werden. Die Vertreter der Gewerkschaften mußten sich gegen diese unzeitgemäße Liebesgabe für die Rechte wenden, weil sie zwar nicht der Landwirtschaft Hilfe, aber der Industrie, dem Handel und den arbeitenden Massen schwere Lasten bringt.

Diese Politik wird das deutsche Volk auf die Dauer noch mehr kosten, als die Fehrenbach-Simons- und die Cuno-Politik. Der deutsche Export hat sich in den letzten Monaten eher verkleinert als erweitert. Der Preisabbau hat trotz aller Verluste einzelner noch nicht durchgreifend gewirkt. Der Preis der Fertigware ist noch immer über Weltmarktniveau. Und trotzdem schreckt man nicht davor zurück, auf diese Fertigware 4, 5, 6 Proz. Agrarzölle zu legen. Die Umsatzsteuer, die sie heute mit 5, 6—8 Proz. belastet, soll allerdings um 1/2 Proz. ermäßigt werden. Die Exportfähigkeit wird also nicht vergrößert. Dabei sollte doch die Hebung des Exports, schon wegen des Niedergangs der inneren Kaufkraft, erstes Gebot deutscher Wirtschaftspolitik sein!

Die Führer der Gewerkschaften fragten die Regierung, auf wen die Lasten letzten Endes abgewälzt werden sollen? Die Wirtschaft wird zugunsten des Agrarstandes erhöht mit Kosten belegt. Industrie und Handel können jetzt schon kaum, wie dies eben der Herr Popitz vom Finanzministerium ausgeführt hat, die Steuerlasten tragen, deren notwendige Ergänzung also Verbrauchsabgaben sein werden! Die große Masse der Arbeiter, die schon bisher nach dem von den Nutznießern der Inflation exproprierten Mittelstand am meisten zu tragen hatte, soll also auch künftighin am stärksten belastet werden. Wenn Popitz am Schluß ausführte, daß das Vermögen und Einkommen in Deutschland in weitgehendem Maße besteuert seien, und eine direkte Belastung, die Schaffung einer progressiven Einkommenssteuer noch nicht möglich sei, so scheint der Regierung neben einer Erhöhung der Vermögenssteuer, von der Popitz sprach, nur eine Verschärfung der indirekten Steuer möglich. Also Liebesgaben nach der einen, Lasten nach der andern Seite! Die Regierung sollte sich doch darüber klar sein, daß die Arbeitskraft das wesentlichste Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft darstellt. Die Existenz der Arbeiterschaft auf die Dauer unterhöheln, bedeutet also, der deutschen Wirtschaft ihr Grab graben.

Wenn eine starke Belastung der Gesamtheit notwendig ist, mit welchem Recht wird dann der Landwirtschaft eine große Entlastung gewährt? Wenn die Kapitalanlage der Industrie keine Möglichkeit gibt, ihr für soziale Zwecke weitere Mittel zu entziehen, warum sie dann mit neuen Produktionskosten durch Zölle belegen? Auf diese Frage blieb die Regierung den Gewerkschaftsführern die Antwort schuldig. Die Gewerkschaften müssen sie jetzt erzwingen. Das Menetekel der nächsten Monate heißt Zollvorlage, Steuern, Achtstundentag. Gegen den Achtstundentag sträuben sich wie auf Kommando die bürgerlichen Blätter: diese Belastung könne die verarmte deutsche Wirtschaft nicht tragen. Aber die Agrarlast wird von denselben Wirtschaftskreisen übernommen, wenn sie nur selbst dafür im politischen Kuhhandel ihre Schutzzölle erhalten.

Ein Land, das mehr noch als früher auf den Export seiner Fertigware angewiesen ist und darum die Politik des freien Welthandels verfechten müßte, setzt sich selbst durch die Errichtung von Zollmauern matt. Die Ententeländer haben in geschickter Weise die Vergünstigungen des Versailler Vertrages ausgenutzt, um rund um die deutsche Wirtschaft einen Zollgürtel zu legen. Handelsverträge, die den deutschen Handel benachteiligen, sind gegenseitig zwischen den Staaten geschlossen. So wird Deutschland als Schutzzolland eine isolierte Insel in der Welt bleiben. Wieder zeigt sich die Armut deutscher Regierungspolitik! Auch auf wirtschaftlichem Gebiet vermag sie sich nicht in der neuen deutschen Situation gegenüber der Welt zurechtzufinden.

Achtstundentag und internationale Verpflichtungen

Ein Nachwort zur Internationalen Arbeitskonferenz in Genf

Von * * *

Die Festlegung des Achtstundentages in Deutschland durch die Demobilmachungsgesetzgebung und seine entschiedene Propagierung durch den Versailler Vertrag (Artikel 427) hatten die Diskussion über das Problem des Achtstundentages keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil, für Deutschland wenigstens kann man wohl sagen, daß die Debatte über diese Frage niemals mit solcher Hitze geführt worden ist wie seit ihrer grundsätzlichen gesetzlichen Lösung.

Die Debatte wurde angeregt durch den bald nach der Revolution einsetzenden Kampf weiter Bevölkerungsschichten gegen die neue Arbeitszeitregelung, einen Kampf, der ebensowohl aus rein politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen geführt wurde. Alle Feinde der jungen Republik fanden sich in ihm zusammen, um vor allem das soziale Wahrzeichen des verhaßten neuen Staates, die bedeutsamste Errungenschaft der Arbeiterrevolution, herunterzuholen. Da der Kampf praktisch den schlecht verstandenen Unternehmerinteressen diente, fand er seine Finanzierung durch die deutschen Unternehmer und wurde von der von ihnen abhängigen Presse propagiert, die ihre gläubigen und nichtsahnenden Leser aus dem sogenannten Mittelstande antrieb, die Kastanien für ihre Hintermänner aus dem Feuer zu holen.

Nach glänzender Vorbereitung durch systematische Pressehetze setzte der „wissenschaftliche“ Kampf ein. Zunächst wurde die These verfochten, daß mit dem Achtstundentag keine Wirtschaft bestehen könne, zum mindesten, wenn das gesamte Ausland länger als acht Stunden arbeite. Daß dies so sei, bemühte man sich, dem deutschen Bürger bis in die letzte Zeit hinein klar zu machen, obwohl fast die gesamte Umwelt zum Achtstundentag, sei es auf gesetzlicher Grundlage, sei es in der tatsächlichen Regelung, übergegangen war. Die Debatten im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat sind noch in aller Erinnerung, in deren Verlauf ein Vertreter der Arbeitgeber über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei Angaben machte, die dann von Professor Brentano als völlig unrichtig festgenagelt wurden; das war ein Fall, in dem die sofortige Widerlegung der aufgestellten Behauptungen erfolgte, in vielen anderen Fällen wurden leichtfertige Interessentenbehauptungen Allgemeingut einer schlecht unterrichteten Öffentlichkeit.

Auf die Dauer mußte sich jedoch die Kenntnis der Arbeitszeitregelung der anderen Industrieländer durchsetzen; dafür sorgte schon die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften, die durch ihre außerdeutschen Bruderorganisationen unterrichtet wurden. Es kam daher zu

einer Umstellung des Angriffs auf den Achtstundentag, die die Erfüllungspolitik der Kabinette des Reichskanzlers Wirth geschickt für den Kampf der Unternehmer, der größten Gegner der Erfüllungspolitik, ausnutzte. Das neue Schlagwort entstand: „Nur Mehrarbeit kann uns retten!“, das unter der Maske der Erfüllungspolitik die Abkehr vom Achtstundentag für Deutschland verlangte, weil sonst die Reparationsleistungen nicht aufgebracht werden könnten. Mochte der Achtstundentag für andere Länder erträglich sein, für eine Volkswirtschaft, die außer für sich selbst auch für die Wirtschaft der Siegerstaaten arbeiten muß, könne er nicht eingehalten werden.

Es muß leider gesagt werden, daß diese Darlegung in weiten Kreisen des deutschen Volkes, auch in manchen Arbeitnehmerkreisen ihr Ziel erreichte. Die Argumentation, daß es inkonsequent sei, erfüllen zu wollen, die wirtschaftlichen Mittel der Erfüllung aber nicht zu wollen, hatte für oberflächliche Hörer etwas Bestechendes. Hier zeigte sich der Fluch der mangelhaften wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung: „Der Feind, den wir am meisten hassen, der uns umlagert, schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert zerbricht!“ Des „Geistes Schwert“ erwies sich als nicht scharf genug geschliffen, eine Lehre, die die deutsche Arbeiterbewegung aus dieser Entwicklung ziehen und niemals vergessen sollte!

Einzelne Teile der sozialistischen Bewegung — die Kreise um Kaliski, Cohen-Reuß und Lindemann — begannen, die Aufgabe des Achtstundentages für die Zeit der Reparationsleistungen zu propagieren. Vor allem aber schickte man sich in der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft, geführt von Stegerwald, an, vom „starren“ oder „schematischen“ Achtstundentag abzurücken. Die Front der Verteidiger des Achtstundentages war durchbrochen und damit war sein Schicksal vorerst besiegelt.

Bei der Liquidation der Inflationswirtschaft im Spätherbst des Jahres 1923, die die endgültige Lösung des Reparationsproblems ermöglichen sollte, wurde auch der „schematische Achtstundentag“ abgeschafft. Das erste Ermächtigungsgesetz, dem die Sozialdemokratie noch als Regierungspartei zustimmte, gestattete der Regierung noch nicht die Vornahme der neuen Arbeitszeitregelung auf dem Wege der Verordnung; sie sollte vielmehr im ordentlichen Gesetzgebungswege erfolgen. Daß sie auch dann den Achtstundentag nur als Grundsatz, d. h. als entschwundenes Ideal, durchlöchert von Ausnahmen, die die Praxis darstellten, aufrecht erhalten hätte, ist nach der damaligen politischen Lage nicht zu bezweifeln; die Verhandlungen im Reichstag hätten der Sozialdemokratie höchstens Gelegenheit zu einem Verzweiflungskampf gegeben, soweit sich ihre Vertreter nicht durch unklare Fassungen der Gesetzesvorlage über deren praktische Wirkung getäuscht hätten. Aber das erste Ermächtigungsgesetz lief ab, die Sozialdemokratie trat aus der Reichsregierung aus, ohne daß ein Arbeitszeitgesetz zustande gekommen war. Mitte November trat die Revolutionsregelung der Arbeitszeit, die ja nur auf Demobilisierungsverordnungen beruhte, außer Kraft. Sofort benutzte die Schwerindustrie die gesetzlose Zeit und schuf ein *fait accompli*, woran sie um so weniger gehindert wurde, als jetzt zu dem Argument der Notwendigkeit der Mehrarbeit für die Reparationsleistungen im allgemeinen das für alle schwächlichen Sozialpolitiker noch schlagendere Argument der Micum-Verträge getreten war: wie sollten die Micum-Verträge erfüllt werden, wenn nicht eine äußerste Kraftanstrengung auf allen Seiten einsetzte.

Das Argument der für längere Zeit abgeschlossenen Micum-Verträge lähmte auch den Widerstand der grundsätzlichen Gegner einer

gesetzlichen Arbeitszeitverlängerung. Die bürgerliche Regierung erhielt die Ermächtigung, auch die Arbeitszeit im Wege der Verordnung zu regeln. So entstand die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, die in ihrem ersten Paragraphen den Achtstundentag grundsätzlich aufrechterhält, in ihren übrigen Bestimmungen aber so viele Möglichkeiten für Ausnahmen im Rahmen des Zehnstundentages vorsieht, daß praktisch der Achtstundentag durch sie außer Kraft gesetzt ist und vor allem die Rückkehr vom Dreischichtensystem zum Zweischichtensystem in durchgehenden Betrieben ermöglicht; eine Verordnung, die im übrigen so unklar ist wie kein anderes deutsches Gesetz, und dies gerade auf einem politisch umstrittenen Rechtsgebiet, das schärfste Fassung der gesetzlichen Möglichkeiten erfordert hätte. Abgesehen von dem nicht allzu wesentlichen Ausbau der Ausnahmemöglichkeiten, die schon die Demobilisierungsverordnungen gegeben hatten, liegt ihre Bedeutung in der Bestimmung des § 5, nach der die regelmäßige Arbeitszeit durch Tarifvertrag ausgedehnt werden kann. Hierbei muß man sich jedoch stets vor Augen halten, daß nach deutschem Arbeitsrecht Tarifverträge nicht nur durch freie Vereinbarung der Parteien, sondern auch im Schlichtungswege zustande kommen können, d. h. beim Vorliegen der Voraussetzungen des Artikels I § 6 der Schlichtungsverordnung — Erforderlichkeit der Durchführung des Schiedsspruchs aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen — auch durch behördliche Verbindlichkeitserklärung eines den Vorschlag zum Abschluß eines Tarifvertrages enthaltenden Schiedsspruchs einer Schlichtungseinrichtung; damit ist die Entscheidung über eine tarifvertragliche Verlängerung der Arbeitszeit in das pflichtmäßige Ermessen der für die Verbindlichkeitserklärung zuständigen Stelle darüber gestellt, ob die weiteren Voraussetzungen des Artikels I § 6 der Schlichtungsverordnung vorliegen. Die in § 6 der Arbeitszeitverordnung vorgesehene Möglichkeit der außertariflichen Regelung der Arbeitszeit tritt demgegenüber zurück.

Während dieser Vorgänge in Deutschland war die Frage des Achtstundentages auch international behandelt worden. War es doch eine der Hauptaufgaben der durch den Versailler Vertrag geschaffenen „Internationalen Organisation der Arbeit“, der auch Deutschland als Mitgliedstaat angehört, den Achtstundentag durch Vereinbarung aller Mitgliedstaaten für die ganze zivilisierte Erde als gesetzlichen Arbeitstag festzulegen. Dementsprechend hatte die erste Internationale Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1920 fast einstimmig den Entwurf eines Abkommens über den Achtstundentag bzw. die Acht- und vierzigstundenwoche beschlossen. Mit der Ratifizierung haben sich allerdings die hauptsächlichlichen Industriestaaten, selbst soweit sie — wie Großbritannien — praktisch den Achtstundentag hatten, nicht beeilt. Bis heute haben außer Deutschland auch Großbritannien, Frankreich und Belgien das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert. Während aber in Großbritannien und Frankreich nach dem jüngsten Regierungswechsel und in Belgien im Anschluß an die beiden Hauptalliierten mit der baldigen Ratifikation zu rechnen war, wurde der Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 seitens Deutschlands überall als glatte Absage an die Internationale Arbeitsorganisation aufgefaßt, da ihre Bestimmungen mit dem Washingtoner Abkommen nicht zu vereinbaren seien. Die Äußerungen von deutschen amtlichen und nichtamtlichen Stellen, daß diese Arbeitszeitregelung wegen der Reparationsverpflichtungen Deutschlands und insbesondere wegen der Micum-Lasten erforderlich sei, brachten weder die Angriffe der grundsätzlichen Freunde des Achtstundentages im Ausland noch die der Regierungen einzelner Nachbarländer zum Schweigen, die weniger sozialpolitische Bedenken hatten, als daß sie von der Verlängerung der Ar-

beitszeit in Deutschland und einer damit zusammenhängenden Verbilligung der deutschen Produktion ein „soziales Dumping“ Deutschlands befürchteten. Von anderer Seite wurde, wenn schon die Arbeitszeit in Deutschland aus Reparationsgründen verlängert werde, eine Gewähr dafür verlangt, daß die Mehrleistung tatsächlich nur den Reparationsleistungen zugute käme. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, wie verschieden die Einstellung sowohl der einzelnen Staaten als auch der einzelnen Volksschichten in ihnen zu einer internationalen Arbeitszeitregelung ist.

In dieser Lage des Problems begann die diesjährige Arbeitskonferenz in Genf. Gegenüber den geäußerten Bedenken des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, und der Vertreter einzelner Mitgliedstaaten ließ die deutsche Regierung erklären, daß die Regelung der Verordnung vom 21. Dezember 1923 notwendig sei, um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, wie sie sich nunmehr nach der Annahme des Dawes-Gutachtens durch Deutschland ergäben, daß Deutschland aber jedwede internationale Kontrolle über die Ergebnisse der Arbeitszeitregelung als Eingriff in seine Souveränität ablehne. Thomas betonte demgegenüber, daß das Sachverständigen-Gutachten nach seiner Auffassung von einer grundsätzlich achtstündigen Arbeitszeit in Deutschland ausgehe, da es ausdrücklich erkläre, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft nicht schlechter gestellt sein solle als die der übrigen Industrieländer; das verbiete vor allem die Rückkehr zum Zweischichtensystem. Wenn aber der deutschen Regierung gleichwohl im Augenblick eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig erscheine, so sei eine derartige Regelung im Interesse aller Beteiligten am zweckmäßigsten international zu vereinbaren, um auf diese Weise gegenseitige Garantien zu geben und die Möglichkeit der schließlichen Annahme des Washingtoner Abkommens durch alle Industriestaaten nicht zu verbauen, die doch als Ziel bestehen bleibe. Der deutsche Regierungsvertreter hat hierzu eine zustimmende Erklärung nicht abgegeben, während die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens die baldige Ratifikation des Washingtoner Abkommens auf der Konferenz offiziell in Aussicht stellten.

Während der Arbeitskonferenz erging sich der von dem Unternehmertum abhängige Teil der deutschen Presse in Anwürfen gegen Direktor Albert Thomas, dem man vorwarf, daß er im Geiste Poincarés Deutschland neue Schwierigkeiten schaffe, da er seine Mehrleistung auf Grund der Arbeitszeitverlängerung unter die Kontrolle der Reparationskommission oder eine andere neue Kontrolle bringen wolle, während sie dem deutschen Arbeitervertreter auf der Konferenz, der sich grundsätzlich auf den Standpunkt Thomas' betreffend Festhaltung des Achtstundentags gestellt hatte, und den von ihm vertretenen freien Gewerkschaften sowie der Sozialdemokratie nachsagte, sie seien die „Troßbuben“ der Entente. Gleichwohl erklärte sich Thomas nach dem Abschluß der Konferenz in einem Brief an die Redaktion des „Vorwärts“ nochmals bereit, seine ganze Kraft zur Verfügung zu stellen, um eine Vereinbarung der deutschen mit der britischen, französischen und belgischen Regierung über die Arbeitszeit herbeizuführen, um in absehbarer Zeit den Achtstundentag doch noch für alle Arbeitnehmer zu erreichen. Auf dieses Angebot ist eine Aeußerung der deutschen Regierung bisher nicht erfolgt. Die Sozialdemokratie wird jedoch im Reichstag nach wie vor die Ratifikation des Washingtoner Abkommens fordern. Gemeinsam mit den freien Gewerkschaften bereitet sie notfalls einen Volksentscheid über den Achtstundentag vor.

Dies ist der äußere Verlauf der Tragödie des Achtstundentags in Deutschland. Die deutsche Arbeitnehmerschaft hätte ihn zurecht verloren, wenn sie die Rückeroberung der größten Errungenschaft ihrer

Revolution je aus den Augen verlöre. Aber sie wird nicht mit politischen Phrasen zurückerobert werden, die weder bei uns noch im Ausland einen Hund vom Ofen locken, sondern nur dann, wenn es der Arbeitnehmerschaft in Deutschland gelingt, die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit der Forderung des Achtstundentags zu überzeugen; dem Geiste der Arbeiterbewegung entspricht es, das Errungene auch international festzulegen. Dazu muß jetzt erneut der geistige Kampf um den Achtstundentag einsetzen, es müssen wirtschaftswissenschaftlich die Argumente der Gegner entkräftet werden, daß der Achtstundentag überhaupt den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht genüge oder doch für Deutschland zurzeit, wegen der Reparationsverpflichtungen, nicht tragbar sei.

Daß die Einführung des Achtstundentags die Volkswirtschaft zerrütte, wird zwar noch immer, auch von „wissenschaftlicher“ Seite behauptet. Aber diese Behauptung braucht wohl heute nicht mehr allzu ernst genommen zu werden. Jedem Fortschritt stemmt sich die Reaktion entgegen und doch hat sie ihn auf die Dauer noch nie gehemmt. Die Verkürzung des Normalarbeitstages auf acht Stunden ermöglicht dem Arbeitnehmer die volle Ausnutzung seiner Arbeitskraft und regt den Unternehmer zu zweckmäßigster Ausgestaltung seiner Werksorganisation an, wodurch die verlorene Arbeitszeit bzw. die Verteuerung der Produktion durch Anlegung einer Mehrzahl von Arbeitnehmern mehr als wiedereingbracht wird; die Erfolge des Amerikaners Ford dürften in dieser Beziehung beweiskräftig genug sein. Freilich setzt dieser Fortschritt wie jeder andere auf der Arbeitnehmer- wie auch auf der Arbeitgeberseite, was oft vergessen wird, ein seiner würdiges Geschlecht voraus. Im übrigen ist selbstverständlich bei der grundsätzlichen Annahme des Achtstundentags gelegentliche Mehrleistung, wo es wirklich not tut, nicht ausgeschlossen, z. B. in Fällen wie im Bergbau, in denen eine bestimmte Produktionsleistung hervorgerufen werden muß, ohne daß Arbeitnehmer in beliebiger Zahl zur Verfügung stehen. Richtig ist, daß während der ersten Zeit der Einführung des Achtstundentages wie bei allen Neuerungen in der Produktionsorganisation das einführende Land gegenüber andern, die keine Änderungen vorgenommen haben, an Konkurrenzfähigkeit Einbuße erleiden kann. Diese Gefahren kann nur die internationale Vereinbarung beheben. Sie wäre deshalb im wohlverstandenen Interesse jedes einzelnen Staates anzustreben. Die Gegnerschaft gegen derartige Abmachungen ist wirtschaftlich jedenfalls nicht zu erklären.

Bei alledem bleibt für Deutschland die Frage nach der Möglichkeit des Achtstundentages gegenüber seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, die, wie wir oben zeigten, von erheblichen Teilen der Öffentlichkeit und offenbar auch von der deutschen Regierung verneint wird. Sie ist eigentlich in dem Augenblicke entschieden, in dem man die hier vertretene Auffassung annimmt, daß der grundsätzliche Achtstundentag auf die Dauer keine Minderung der Produktion bringt. Denn dann kann Deutschland seine Verpflichtungen mit acht Stunden Arbeit am Tage ebenso erfüllen wie mit einer längeren Arbeitszeit. Wenn man die allgemeine Mehrarbeit in diesem Augenblicke will, um eine schleunige Steigerung der Produktion zu erreichen, so mag zugegeben werden, daß diese im Augenblicke vielleicht eintritt, ohne daß hierfür übrigens eine Gewähr gegeben ist. Aber, da die Reparationsverpflichtungen uns leider für viele Jahre belasten, so ist die Rechnung, auf weite Sicht, doch unrichtig, denn der starken Ankurbelung der Produktion steht eine Schädigung der Arbeitskraft des deutschen Volkes auf die Dauer durch Ueberarbeitung gegenüber.

Jedoch, gesetzt den Fall, daß eine schnellere Erfüllung im ganzen durch dauernde Mehrarbeit, oder daß gar die Erfüllung nur durch

Mehrarbeit, sonst überhaupt nicht möglich wäre, so braucht dieser Umstand Deutschland nicht zur Einführung „barbarischer Arbeitsmethoden“, wie sich Albert Thomas auf der Arbeitskonferenz mit bezug auf das Zweischichtensystem ausdrückte, zu veranlassen. Denn es ist richtig, daß der Versailler Vertrag für alle Vertragsparteien den Achtstundentag vorsieht, selbst für die, die ihn nicht wie Deutschland schon bei Abschluß des Vertrages hatten. Und es ist auch richtig, daß das Dawes-Gutachten für Deutschland dieselben Arbeitsbedingungen voraussetzt, wie sie in den alliierten und den Nachbarländern gelten, also auch den Achtstundentag. Diese Auffassung ist unter der Ueberschrift „Die Natur des Planes“ (erster Teil, Ziffer XVII) ausdrücklich ausgesprochen. So fragen wir: warum soll Deutschland auf die wenigen Wohltaten, die ihm als besiegtem Lande der Friedensvertrag gewährt, verzichten?

Wir wollen erfüllen. Wir wollen dazu alle Anstrengungen machen, die billigerweise von uns verlangt werden können, und alle Volkskreise sollen diese Anstrengungen machen. Aber wir wollen keine Bravourstücke machen, die letzten Endes weder uns noch dem Gegner nützen, sondern nur Deutschland und in der Folgewirkung alle andern mit ihm wirtschaftlich verknüpften Staaten in das Dunkel der Unkultur zurückwerfen. Kehren wir darum zum Achtstundentag zurück und vereinbaren wir ihn international, indem wir den Abkommensentwurf von Washington in Uebereinstimmung mit den übrigen Industrieländern der Erde ratifizieren!

Der Traum von den Goldschiffen

Von Kurt Heinig

In zunehmendem Maße werden sich die Kritiker und die Vorschlagsfabrikanten unserer Wirtschaft darüber einig, daß die berühmte „Hebung der Produktion“ (lies Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und Abbau) nicht ausreicht, um frisches Blut — mobiles Kapital — in den Adern unserer Produktion zu erzeugen. Auch diejenigen, die die Verhältnisse nicht bloß blitzschnell und schlagwortartig untersuchen und beurteilen, meinen jetzt, daß die langsam in Bewegung kommenden Lager und die allmählich auftauenden Sachwerte kaum ausreichen, ebensowenig wie die zunehmenden Bestände der Sparkassen und die Depositenkonten der Banken, um das notwendige zusätzliche Kapital zu schaffen, das unsere Wirtschaft zu ihrer Wiederbelebung braucht. So wird es verständlich, daß sich alle Blicke nach Amerika oder, allgemeiner gesagt, nach dem Ausland wenden. Unterstützt werden die Hoffnungen auf den Zufluß angedurstigen außerdeutschen Kapitals auch durch die Vorschläge des Dawes-Gutachtens, das ja in ziemlich erheblichem Umfange den Weltanleihemarkt in seine Berechnungen eingestellt hat.

Weiter gefördert werden die Erwartungen auf Zufluß von Auslandsgeld durch die Tatsache, daß im besonderen Amerika „im Golde schwimmt“. Das ist richtig, versucht man doch schon, auf kunstvollen Umwegen der drohenden weiteren Entwertung des Goldes aus dem Wege zu gehen, es befinden sich ja die amerikani-

schen Noten in der ständigen Gefahr der Goldüberdeckung. Ein anderer Grund zum Optimismus mag auch darin liegen, daß eben die ungarische Wiederaufbau-Anleihe in London um 100 Prozent überzeichnet wurde. Die Schlussfolgerungen sind dann verhältnismäßig rasch gezogen, sie heißen: Anlagesuchendes Kapital auf der Welt im Ueberfluß, in Deutschland hohe Zinsen, so muß der Zufluß des Goldstromes sich nach den einfachsten physikalischen Gesetzen vollziehen, um hier wie eine Berieselung ausgedörrter Wüste dahin zu wirken, daß alles wieder blüht und gedeiht.

Uns scheint jener Optimismus in den Tatsachen nicht begründet. Wenn auch im privaten Einzelgeschäft sich die Auslandskredite mehrten, so beruht das auf ganz anderen Voraussetzungen. In der Regel handelt es sich um Finanzierung, wie wir sie auch in der übelsten Zeit der Inflation nicht selten beobachten konnten. Es geht dabei normalerweise um die Erledigung von kurzfristigen Geschäften und nicht um Geldanlage auf lange Frist, um Verfügungstellung von Rentenskapital. In jenem Sinne sind ja auch die Kredite nur aufzufassen, die bisher die Golddiskontbank von amerikanischen Banken erhalten hat.

Man sucht in der europäischen Vergangenheit, im besonderen im vorigen Jahrhundert, vergeblich nach Analogien zu den heutigen Zuständen. Es sei hier nur daran erinnert, daß die Bank von Frankreich fünf Jahre nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges ihren Diskontsatz auf zwei Prozent festsetzte! England kam schon im Jahre 1845 einmal zum zweiprozentigen Bankdiskont. Amtliche Diskontsätze von 12, 15 und gar 18 Prozent, wie jetzt, waren kaum in den tollsten Zeiten üblich. So z. B. im Jahre 1799 in Hamburg. Die Fugger haben die Habsburger Kaiserwahl — und das war doch sicher ein hochriskantes Geschäft — mit durchschnittlich 12 Prozent finanziert! In den wildesten Krisenzeiten des 16. Jahrhunderts, die verschiedenen Nürnberger und Augsburger Kauf- und Geldherren das Genick brachen, gingen die Zinssätze kaum über 15 Prozent hinaus. Aber auch in jenen Zeiten ist das Kapital nicht den Gebieten der höchsten Zinssätze zugeflossen, im Gegenteil, es hat sich aus ihnen geflüchtet. Es ist eben ein weit verbreiteter Irrtum (dessen Anhänger sich überdies auf Smith berufen können!), daß dort, wo ein großer Gewinn mit dem Gelde erzielt werden kann, auch gewöhnlich für seine Benutzung hohe Zinsen bezahlt werden. Umgekehrt: geht der Preis des Geldes über ein gewisses Maß hinaus, so bedeutet das, daß in dem davon betroffenen Gebiet ein solcher Tiefstand der Wirtschaft erreicht ist, daß eine sichere Anlage und damit die Garantie der Verzinsung unmöglich wird. Das Geld flüchtet dann.

Wir haben heute diese Zustände in Deutschland. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Banken bei weitem nicht in dem Um-

fange, wie sie über Geldmittel verfügen, der Industrie und der Wirtschaft befruchtend beispringen. Auch die höchsten Zinssätze bieten ja keine volle Garantie dafür, daß der Kredit selbst bei Fälligkeit zurückgezahlt werden kann. So haben wir augenblicklich den merkwürdigen Zustand, daß die Banken mit ihren disponiblen Mitteln lieber im engen Kreise des „täglichen Geldes“ bleiben, als daß sie ihre arbeitslosen Kapitalien in die Wirtschaft führten. Man begnügt sich mit dem geringeren Zinssatz für tägliches Geld, weil er sicherer erscheint als die fragwürdigen Aussichten bei 40, 50 und 60 Prozent. Jedermann ist sich zudem darüber klar, daß derlei Zinssätze die Wirtschaft sowieso nicht zu tragen vermag.

Eine andere Frage ist, ob nicht durch die Banken das Geld, unsere wichtigste Ware, nach wie vor künstlich überteuert wird. Die Differenz zwischen Debet- und Kreditzinsen, die ungeheuerlich groß ist und durchaus in den Bereich der Wucherparagraphen fällt, wird von den Banken mit den hohen Selbstkosten begründet. Soweit das richtig ist, hat das seine Ursache darin, daß die Banken noch heute zu den Unternehmungen gehören, die durch die Inflationszeit neben dem Zwischenhandel mit am stärksten aufgebläht worden sind. Aller Abbau an Personal und auch die Schließung von Filialen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere deutschen Bankinstitute in ihrer Gesamtheit, zahlenmäßig und auch jedes Unternehmen für sich allein betrachtet, noch sinnlos großartig sind und damit den Geldwucher bedingen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß das ausländische Kapital, das diese Tatbestände doch mindestens so gut kennt, wie die deutschen Geldleute, geringe Lust zeigt, nach Deutschland zu kommen. Und deswegen erscheint es uns nach wie vor als außerordentlich gefährlich, auf die Goldschiffe aus Amerika zu rechnen. Voraussetzung dazu, daß sie überhaupt kommen, ist, daß der Zinswucher in Deutschland aufhört, daß in Industrie und Handel geliehene Kapitalien wieder sicher, also Substanz, werden und nicht, wie noch heute, laufend ausgegeben werden. Die deutsche Wirtschaft muß den harten und steinigen Weg, den sie eben erst begonnen hat, zu gehen, wohl noch durch Monate weiter beschreiten, ehe ein Zustand erreicht werden wird, der dem Kapital, das von Natur ängstlich ist, so viel Mut macht, daß es sich nach Deutschland hineinwagt. Die internationale Finanzierung in Auswirkung des Dawes-Gutachtens wird überdies nicht nur von den eben geschilderten Notwendigkeiten, sondern auch davon abhängen, ob England und Frankreich über die praktische Anwendung jener Vorschläge bald einig werden. Solange das nicht erreicht ist, wird auf dem Wege über die Durchführung der Expertenberichte ebenfalls kein neues Kapital nach Deutschland hereinfließen.

Zusammenfassend ist deswegen wohl zu sagen, so unwahrscheinlich die Gesundung der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft erscheint und so notwendig zur Wiederbelebung das Sparskapital anderer Länder für Deutschland ist, der befruchtende Zufluß wird erst dann beginnen, wenn der Schrumpfungsprozeß unseres Produktionsapparates eine gewisse Festigkeit, eine bestimmte Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft erzwungen und geschaffen hat. Dieser Vorgang wird deswegen für die Arbeitnehmerschaft sehr ernste Auswirkungen haben, weil er zusammenfällt mit zunehmender Belastung aus dem Sachverständigen-gutachten. Besteht doch die Gefahr, daß die zu leistenden Zahlungen so ausgestaltet werden, daß sie sich sämtlich auf den Konsumenten abwälzen. Wenn wir nicht zu einer Nachprüfung der Inflationsgewinne, zu einer klaren Besteuerung der reicheren Klassen in Deutschland kommen, dann werden die breiten Massen die Kosten der Wiedergutmachung in Zukunft ausschließlich zu tragen haben! Die Methode des Reichsfinanzministeriums, die es erst jetzt wieder bei der Beratung der Erhöhung des Tabaksteueraufkommens eingeschlagen hat, zeigt ja, daß es zu feige ist, um die Erhöhung der Steuer auch nur aus einer Rationalisierung des Handels zu erzwingen. Es betet die allein seligmachende Banderole an und beläßt es bei den ungesunden Zuständen der Uebersetzung des Tabakhandels.

Wir stehen vor einer ungeheuerlichen reaktionären Umbildung der Lastenverteilung. Sie wird noch schlimmer dadurch, daß man sich über die Gesundung der deutschen Wirtschaft falschen Hoffnungen hingibt und von amerikanischen Goldschiffen träumt. Bedauerlich erscheint uns, daß unsere sozialdemokratische Politik zu diesen Dingen so wenig aktiv Stellung nimmt.

Vor zehn Jahren

Wer hat da geschwindelt?

Amsterdam, 15. September. Das angesehenen „Algemeen Handelsblad“ gibt folgendes als offizielles Communiqué der deutschen Gesandtschaft im Haag bekannt:

Die deutsche Gesandtschaft in Peking teilt amtlich mit: „Japan bestätigt offiziell der chinesischen Regierung den Ausbruch einer Revolution in Indien. Japan, durch England um militärischen Beistand gegen Indien ersucht, hat Hilfe zugesagt, aber unter schweren Bedingungen: freie Einwanderung in die britischen Besitzungen am Stillen Ozean, eine Anleihe von 200 Millionen Dollars und freie Hand in China. England hat diese Bedingungen angenommen.“

Frankfurter Zeitung, 16. September 1914.

Der staatsfeindliche Schnurrbart.

In letzter Zeit wird so sehr viel über französische Mode in Damenkleidung geschimpft — und mit Recht —, aber da möchte ich bemerken,

daß auch die Herren eine Mode fallen lassen dürften, und zwar den gestutzten „englischen“ Schnurrbart. Ich bin der Ansicht, daß der Schnurrbart als Zierde des Mannes wachsen darf, ohne daß er bis auf drei Härchen unter den Nasenlöchern entfernt wird.

Eine, die sich immer darüber ärgerte.
Westfälisches Volksblatt (Paderborn), 14. September 1914.

Deutscher Gummischlauch.

Rosenheim, 11. September. Ein Schneidermeister erläßt folgende Erklärung: „Tuchreisenden, die es wagen, mir englische Ware anzubieten, ist der Zutritt in mein Geschäftslokal untersagt. Bei Zuwiderhandlung tritt ein kräftiger deutscher Gummischlauch in Kraft.“

Hofer Anzeiger, 16. September 1914.

Der staatsfeindliche Schnurrbart Nr. 2.

Odessa, 13. September. Auf dem Boulevard zwang das Publikum einen Herrn, der einen Schnurrbart à la Kaiser Wilhelm trug, die Schnurrbartspitzen herabzulassen.

Weser-Zeitung, 23. September 1914.

Prinzenlos.

WTB. Berlin, den 26. September. Prinz Oskar von Preußen mußte nach eingegangener Nachricht leider sein Regiment verlassen und sich in ärztliche Pflege nach Metz begeben. Der Prinz hat sich durch zu große Ueberanstrengung im Gefecht eine akute Herzschwäche zugezogen, die unbedingte Ruhe und Pflege verlangt. Bei der guten, jugendfrischen Natur des Prinzen ist zu hoffen, daß die Herzmuskeln sich bald wieder kräftigen, und daß keine nachteiligen Folgen zurückbleiben.

Hamburger Nachrichten, 26. September 1914.

Falsche Briefkastenpropheten.

Frau W. in N. Frage: Jeder ist jetzt Krieger. Mein Mann ist 35 Jahre alt, ist felddienstunfähig, weil er Krampfadern hat. Habe ich Hoffnung, daß er noch eingezogen wird? — Antwort: Wir können zwar der Militärbehörde nicht vorgreifen, glauben aber kaum, daß Sie hoffen dürfen, Ihren Mann eingezogen zu sehen.

Elbinger Zeitung, 27. September 1914.

Die unentwegten Antisemiten.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter“, das amtliche Organ der antisemitischen Partei, veröffentlichen fortgesetzt auch in diesen Kriegzeiten „Briefe zur Judenfrage“. In dem letzten dieser Briefe schreibt der Verfasser, ein Herr Traugott Rosche, mit bemerkenswerter Offenherzigkeit:

„Duldung, gewiß; es ist nicht nötig, daß wir den Juden jede Woche ihr Sündenregister vorhalten — aber lassen wir doch unter keinen Umständen den Glauben bei ihnen aufkommen, daß wir sie jetzt, da sie vielleicht etliche Tausend Soldaten für uns ins Feld stellen und etliche Millionen für Wohltätigkeitszwecke zusammenbringen, für Deutsche, für unsere Volksgenossen halten. Das könnte sehr böse Folgen nach sich ziehen; denn der Jude tut nicht gern etwas umsonst, und wie können wir nach dem Kriege die Rechnung, die er sicher präsentieren wird, zurückweisen, wenn wir während des Krieges getan haben, als ob er unser Bruder sei?“

So etwas wird in Deutschland in demselben Augenblick gedruckt, wo Tausende von Juden ihr Herzblut für das Vaterland darangeben!
Die Welt am Montag, 28. September 1914.

Wie das Elsaß verloren ging.

Jeder, der auf der Straße oder in Lokalen französisch spricht, wird als Feind angesehen und verhaftet. Dieses gilt auch für Damen.
Colmar, den 8. Oktober 1914.

1. Mobile Etappen-Kommandantur XIV. A.-K., Oberst Block.
Gebweiler Tagblatt, 10. Oktober 1914.

S. M. „im Felde“.

Den Weg zu den kämpfenden Truppen hat der Kaiser sowohl von Koblenz wie auch von seinem jetzigen Hauptquartier aus stets im Automobil zurückgelegt. Die Sicherheit des Kaisers während seiner Anwesenheit im Felde verbürgen neben seinen persönlichen Adjutanten und der Leibgendarmerie auch eine große Anzahl aus allen deutschen Polizeiamtern zusammengezogener Geheimpolizisten, die als sogenannte „Geheime Feldpolizei“ organisiert sind. Ihnen liegt naturgemäß auch die Observation aller im Felde und im Großen Hauptquartier auftauchenden verdächtigen Persönlichkeiten ob, die neben der Sicherheit des Kaisers auch die des Heeres durch Spionage, Attentate u. a. m. gefährden könnten. So umgibt eine dem ungeübten Auge selbstverständlich unsichtbare, aber trotzdem undurchdringliche Schutzwand den Monarchen bei Tag und Nacht. Natürlich bewegt sich der Kaiser selbst im Großen Hauptquartier und im Felde völlig ungehindert durch die zu seinem Schutz getroffenen Maßnahmen. So sah man ihn in Koblenz wiederholt in heiterer und ungezwungener Unterhaltung mit vor dem historischen Koblenzer Schlosse spielenden Kindern und auch in seinem jetzigen Hauptquartier jenseits der Grenze hat er sich die Herzen der Bewohner sofort erobert, als er, nur wenige Minuten nach seiner Ankunft, bereits aus seiner Wohnung heraustrat, und sich einigen Kindern freundlich nahte, die auf sein Erscheinen gewartet hatten. Er sieht überhaupt um Jahre verjüngt aus, seitdem er die Bravour seiner Truppen in diesem Feldzuge wiederholt hat persönlich beobachten können. Während in Koblenz noch die letzten Vorbereitungen zu treffen waren und verschiedene höfische und diplomatische Geschäfte ihn in Anspruch nahmen, ist der Kaiser jetzt fast ausschließlich um das Wohl der draußen im Felde Stehenden bemüht, und charakteristisch dafür ist die kleine Episode, die ich selbst beobachten konnte. Irgendeine Stelle hatte das Fehlen einiger Wolldecken für Verwundete gemeldet, und nun erschien der Kaiser persönlich, um festzustellen, ob die Sachen inzwischen abgeliefert worden seien.

In Sorbey war inzwischen das Liegnitzer Königsgrenadier-Regiment mit Musik und Fahne unter dem Kommando des Prinzen Oskar von Preußen aufmarschiert, der sich im Feld einen schönen brünetten Vollbart hat stehen lassen, und vom Kaiser mit einem fröhlichen, auf seine Kriegstraumung mit der Gräfin Bassewitz bezüglichen Scherzwort begrüßt wurde. Der Kaiser schritt dann die Front der Truppen ab und begrüßte jede einzelne Kompagnie mit dem üblichen: Guten Abend, Grenadiere!

Die Sonne war blutrot im Westen untergegangen und über der lauen Sommernacht stand der Vollmond, als sich der Kaiser mit dem Prinzen Oskar in aufgeräumtester Stimmung zur Ruhe begab.

(Paul Schweder, Kriegsberichterstatler.)

Leipziger Neueste Nachrichten, 24. September 1914.

Ministerpräsident Held

Von Ernst Niekisch

Selbstverständlich ist Bayerns neuer Ministerpräsident Held nicht in Bayern geboren; schon seine Intelligenz spricht dagegen. Die bayerische Staatspersönlichkeit muß sich der Klugheit und Rührigkeit „Fremdstämmiger“ bedienen, um ihre reichsverderblichen Ansprüche wirksam zur Geltung bringen zu können.

Held ist ein Hesse, der nach Regensburg zuwanderte und die Redaktion des dortigen Zentrumsorgans übernahm. Bald heiratete er die Tochter seines Verlegers; von ihr empfing er als Mitgift Besitzanteile am „Regensburger Anzeiger“.

Mit bayrischem Patriotismus ließ sich auch schon vor 1914 politische Karriere machen. Helds bayerische Unentwegtheit entwickelte sich zusehends; sie hatte Ursache, doppelt ungebärdigt zu sein, da es ihr oblag, den Geburtsfehler, die hessische Herkunft, vergessen zu lassen. Nach wenigen Jahren schon zog Held in den bayerischen Landtag ein; sein Betragen dort war dergestalt urbajuvarisch, daß sogar das sanftlebige Fleisch der bayerischen Liberalen in Wallung geriet; sie verhängten ansehnliche Zeit hindurch über ihn den gesellschaftlichen Boykott.

Nachdem Held grobschlächtrige Beweise seiner bajuvarischen Zuverlässigkeit erbracht hatte, milderte er allmählich seine Sitten. Er wurde zum gelehrigen Schüler jener klerikalen Politiker vom Schlage etwa des Passauer Dompapstes Dr. Pichler, die im Kollegium Germanicum in Rom sich zu Meistern in der Anwendung jesuitischer Schliche und Kniffe und im Gebrauch diplomatischer, auf weite Sicht berechneter Feinheiten ausgebildet hatten, die sich insbesondere auf die psychologischen Methoden raffiniertester Menschenbehandlung verstanden.

Die Fortschritte, die Held in diesen höheren politischen Künsten machte, verschafften ihm schließlich die Führung der bayerischen Zentrumsparlei.

Das bayerische Zentrum erfaßte schon frühzeitig, daß Deutschland als Besiegter aus dem Weltkrieg hervorgehen werde. Es erwog alsbald, ob der Zusammenbruch des Reiches nicht am Ende als eine Gelegenheit auszunützen sei, Bayern ungeahnten politischen Bewegungsspielraum zu verschaffen. Der Gedanke der Donaumonarchie übte erste versucherische Wirkungen. Die einleitenden Schritte zur Abtrennung des bayerischen Zentrums vom Reichszentrum wurden schon im Sommer 1918 ins Werk gesetzt.

Die andern politischen Parteien Bayerns schöpften Verdacht; die Liberalen wollten den bayerischen Landtag zu einer Erklärung bewegen, durch die Bayern seine Treue zum Reich bekennen sollte.

Herr Held, der zu den Vorverhandlungen zugezogen war, sah seine Kreise gestört. Sein Herz war so voll separatistischer Wünsche, daß ungeachtet aller sonstigen diplomatischen Vorsicht und Selbstzucht sein Mund überlief. Er verweigerte die Zustimmung und legte dar, daß Bayern nunmehr vor die Frage gestellt werde, ob es einen Sonderfrieden schließen solle. Bayern dürfe sein Schicksal nicht an das Preußens knüpfen.

Als Held im November 1922 an diese Ausführungen erinnert wurde, leugnete er sie zuerst, wie es sich in solcher Lage für bayerisch-klerikale Politiker immer von selbst versteht, mit kecker Stirne ab. Mit dem

ganzen Nachdruck und der frommen Biederkeit seiner überzeugenden Beredsamkeit erklärte er, die Behauptung, daß er je solche Darlegungen gemacht habe, sei „direkt aus den Fingern gesogen und eine Fälschung, wie sie ihm im Leben noch nie vorgekommen sei“. Nachdem sich Ohrenzeugen gemeldet hatten, hüllte sich Held in ergebene Stillschweigen.

Von der Novemberrevolution bis zu den Kapp-Tagen 1920 entschloß sich Held zu zurückhaltender Behutsamkeit; er arbeitete mit anerkennenswertem Eifer unter der novemberverbrecherischen Regierung Hoffmann an der Verfassung des Freistaates Bayern mit und versagte es sich damals, einen bayerischen Staatspräsidenten für notwendig zu halten. Nach dem Kapp-Putsch schob Held Herrn v. Kahr vor, der zwar keinen Kopf, doch einen Schädel hatte, mit dem sich der Reichsbau berennen ließ.

Helds neue verfassungspolitische Ueberzeugungen fanden einen verdichteten Ausdruck im Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei, das nicht zu Bismarck, sondern zum Deutschland des Westfälischen Friedens von 1648 zurückstrebt. Es war gegen die Weimarer Verfassung gemünzt, als Held das Schlagwort vom „blöden Unitarismus“ in Umlauf brachte. Er war der Vorsitzende der maßgebenden Regierungspartei, als die Konflikte zwischen Bayern und dem Reich sich abspielten, die wahnwitzige Hetze gegen die republikanische Reichsgewalt sich in München austobte, die bayerischen Auflehnungen gegen das Reich sich ereigneten. Er mißbilligte nichts, er gebot nie Einhalt, er goß selbst noch Oel ins Feuer.

Die letzten bayerischen Landtagswahlen führten zu einem höchst verworrenen Ergebnis. Die völkische Bewegung, die zwar von der Bayerischen Volkspartei zuerst als Hilfstruppe gegen die Republik großgezogen worden war, dann aber sich zu einem lästigen Konkurrenten ausgewachsen hatte, war beträchtlich angeschwollen. Niemand fand sich, der den Ehrgeiz hatte, als Geschöpf des Herrn Held Ministerpräsident eines Landes zu werden, das nach dessen eigenem Wort eine Unordnungszelle ersten Ranges geworden war, in dem kein anständiger Mensch mehr seines Lebens sicher sei. Es blieb ihm nicht erspart: er selbst mußte die Regierungsbildung übernehmen.

Das neue Kabinett belastete sich, indem es den Justizminister Gürtner übernahm, von vornherein mit der Gebundenheit an die hochverräterischen Tendenzen, die den Sturz der Republik wollen. Helds Antrittsrede schwelgte in den üblichen schillernden, irreführenden, hohlen und innerlich unwahren Redensarten über Glück, Größe, Freiheit der Nation, Staatsautorität, Selbstdisziplin und Opferbereitschaft. Das alles hatten früher Kahr, Lerchenfeld und Knilling ebenfalls gesagt. Das Kernstück der Heldschen Rede liegt in den Ausführungen über die Umgestaltung der Weimarer Verfassung. Held, der Vater des Bamberger Programms, will sein Kind zu geschichtlichem Leben erwecken. Da er Erfahrung darin hat, was man deutschen Reichsregierungen bieten darf, vergaß er nicht die Drohung: „Wo Lebensnotwendigkeiten der Eigenpersönlichkeit Bayerns es verlangen ... gehe ich auch einem Konflikt nicht aus dem Wege.“

Noch immer ist das Schicksal Bayerns mit dem Schicksal Preußens verknüpft. Die Konfliktsbereitschaft des Herrn Held ist kein verheißungsvolles Anzeichen für die fernere Zukunft dieser Schicksalsgemeinschaft.

Mißlungenes Justizverbrechen

Von Hans Escherndorf

Zu den neuesten Methoden im Kampf gegen die Sozialdemokratie gehört neben dem Abbau sozialdemokratischer Beamter ihre Verfolgung durch den Staatsanwalt für Handlungen, die weder vor die Gerichte gehören, noch je früher Gerichte beschäftigt haben, für Handlungen, die niemals strafrechtlich, sondern höchstens entweder politisch oder disziplinarisch zu verfolgen sind.

Der ehemalige thüringische Minister des Innern, Genosse Herrmann, war der Urkundenfälschung angeklagt. Das thüringische Ministerium, fünf sozialdemokratische Minister, hatte beschlossen, zur Erleichterung des später durch Gesetz auf Grund der Reichspersonalabbauverordnung zu regelnden Abbaus keine Beamten mehr anzustellen oder zu befördern, in besonderen Fällen allerdings Ausnahmen zuzulassen. Herrmann hatte einer Anzahl von Beamten, und zwar solchen, die schon lange Jahre im Staatsdienst waren, die Anstellung versprochen und wollte sein Versprechen halten. Er hatte die Anstellung vor Beschluß des Ministeriums angeordnet. Wegen Ueberlastung hatte der zuständige Referent Kunze die Sache verzögert. Kunze datierte die Sachen zurück, und Herrmann prüfte, ehe er seine Unterschrift gab, nicht nach. Er hätte andernfalls die Sache vor das Ministerium bringen können, das ihm wohl ohne weiteres die Genehmigung zur Anstellung erteilt hätte. Daß er, wie die Staatsanwaltschaft behauptete, die Sache gegenüber dem „homogen“ zusammengesetzten Kabinett habe vertuschen wollen, ist lächerlich, um so lächerlicher, wenn gleichzeitig behauptet wird, Herrmann habe die Rückdatierung vorgenommen, um noch Sozialdemokraten anzustellen.

Der Ministerialdirektor Brand aus dem preußischen Innenministerium, der keineswegs Sozialdemokrat ist, hat vor Gericht ausgesagt, Rück- oder Vordatierungen von Anstellungsurkunden seien auch früher vorgenommen worden. — Heute wird die Dienstzeit der Beamten unabhängig von der Ausstellung des Patents berechnet. Früher aber war für die Dienstzeit und damit für die Gehaltsberechnung, das Aufrücken und die Pension der Tag der Ausstellung des Patents maßgebend. Und daher hat man das Datum häufig willkürlich festgesetzt, bei zwei gleichzeitig ernannten Beamten zum Beispiel den, der später zuerst aufrücken sollte, zurückdatiert. Im Felde sind bei Kanzlerwechseln auch Rückdatierungen vorgenommen worden, um nicht noch einmal die Unterschrift des neuen Kanzlers beanspruchen zu müssen. Dabei hat niemals jemand etwas gefunden, geschweige denn ein Strafverfahren deshalb eingeleitet.

Im Augenblick wird gegen Herrmann ein zweites Strafverfahren eingeleitet, für das schon die Aufhebung der Immunität nachgesucht und bewilligt ist.

Der Landbund hatte 1922 eine Anfrage im Landbund eingebracht wegen des Referenten für die Landespolizei, Kopf. Kopf war aber inzwischen, nachdem ihm noch ein halbes Jahr sein Gehalt bezahlt worden ist, aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Jetzt wird gegen Herrmann ein Strafverfahren eingeleitet wegen Veruntreuung von Staatsgeldern, eben wegen dieser Fortzahlung des Gehalts auf ein halbes Jahr. Dabei hatte Kopf Anspruch auf lebenslängliche Anstellung, die ihm nur im Disziplinarwege aberkannt werden konnte. In der Regel geben die

Disziplinargerichte auch in solchen Fällen — wobei gar nicht feststeht, daß es bei Kopf soweit gekommen wäre — einen Teil der Pension. Das Verfahren, das Herrmann eingeschlagen hat, ist bei der Eisenbahn zum Beispiel gang und gäbe. Dort werden Beamte, die sich unkorrekt verhalten haben, zur Vermeidung eines langwierigen Disziplinarverfahrens soundso oft mit ihrer Zustimmung entlassen und diese Zustimmung durch Weiterzahlung des Gehalts auf bestimmte Zeit erwirkt. Soweit wir uns erinnern, ist seinerzeit nach dem großen Kieler Werftskandal der Direktor der Werft mit einer lebenslänglichen Pension in die Wüste geschickt worden. Damals war Tirpitz Staatssekretär im Reichsmarineamt.

Herrmann hat im Landtag heftig angeklagt den Leiter des Landespolizeiamts, Nitzsch, der das Material gegen ihn weitergegeben haben soll. Nitzsch war s. Zt. von Sachsen als mittlerer Beamter zum Reichskommissar für öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kuenzer, nach Berlin berufen worden. Herrmann berief ihn nach Thüringen und machte ihn zum Oberregierungsrat. Damals gehörte Nitzsch der Sozialdemokratie an, die er verließ, als der Wind umschlug. Nachdem die Vertreter des Thüringer Land- und des Thüringer Beamtenbundes das Reichsinnenministerium unter Jarres im Spätherbst 1923 bestürmt hatten, wurde der Reichskommissar Kuenzer auf Grund des Artikels 15 der Reichsverfassung mit einer Kommission nach Thüringen geschickt. Nach Art. 15 der Reichsverfassung hat das Reich lediglich die Aufsicht über die Durchführung der Reichsgesetze, nicht aber der Staatsministerialbeschlüsse, soweit sie nicht gegen die Reichsverfassung oder Reichsgesetze verstoßen. Am zweiten Tag seiner Tätigkeit hatte Kuenzer das Material gegen Herrmann ermittelt und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Das Material bildete vor der Gerichtsverhandlung, die zwar nicht Gerechtigkeit, aber wenigstens Klarheit brachte, den Stoff zur Wahl-agitation der Rechten. Die weitere Behandlung der Angelegenheit durch die Gerichtsbehörden dient dem Zweck, die Stellung sozialdemokratischer Minister vor der Bevölkerung und ihren Beamten für alle Zeiten zu erschweren.

Die ganze Art, wie hier Reaktion, Reichsexekutive, Staatsanwaltschaft und Gericht zusammenarbeiten, muß Ekel vor solcher Kampfweise erregen. Es ist wahrlich kein schönes Bild, was das Deutschland der Marx und Stresemann und Dinter bietet. Bis jetzt haben schon Staatsanwälte und Richter dem republikanischen Staat jeden Rechtsschutz gegen straffällige Angreifer verweigert. Nun gehen sie zum Angriff über.

Es ist eine sehr ernste Angelegenheit, wenn die Gerichtsbehörden berufen werden und sich berufen halten, in politischen Dingen neben den verfassungsmäßigen Instanzen Urteile zu fällen; denn anders kann die Einleitung von Strafverfahren gegen sozialdemokratische Minister in Sachen, die auch früher geübt, aber noch nie strafrechtlich verfolgt worden sind, nicht betrachtet werden. Der Tag ist nicht fern, an dem das deutsche Volk seinen Spruch vom 4. Mai revidieren wird. Für diesen Tag sei diese Angelegenheit vornotiert.

Abbau-Spiel

Von Josef Maria Frank

O Republik, es war dein eigener, starker Wille,
dich selber zu erhalten, als du Abbau riefst.
Indessen kroch in deinen Körper die „Bazille“
— indes du schließt.

O Republik, du wolltest deine Klinge schärfen
(es war dein Ernst doch — oder war es Spaß?)
und alles Ueberflüssige auf die Straße werfen —
ach, merkst du was —?

O Republik, du wolltest abbaun — um zu sparen
und endlich einmal eine starke Tat zu tun —
die, wo veraltet und im Weg dir waren ...
Was sagst du nun —?

Du lagst so schön auf deiner Schlummerrolle,
vom Sowjetstern, vom Hakenkreuz bedacht,
und bist nun plötzlich auf so grauenvolle
Schandweise aufgewacht!

Auf jenen Worten, von der Reaktion gestickt,
den „Schlafe süß!“ und „Nur ein Viertelstündchen!“
warst du so ahnungslos und feste eingenickt,
du kleines Tindchen!

Mit Pauken und Trompeten hat man dich geweckt
mit „Hildenbrandt“ und „Scheidemann“ und „Leinert“ —
das war gemein, man hat dich damit so erschreckt!
Du starrst versteinert!

Du kraulst dich dumm in deinen steilen Haaren
und fragst dich blöde schmolldenden Gesichts,
ob die nun grade „überflüssig“ waren
und — merkst noch immer nichts!

Beschwertest dich, verbittest dir in allen Tönen,
Republikaner abzubaun! Beklagst dich sehr!
O Republik, wo hast du nur die schönen,
blauen Augen her —?

O Republik, wie man auf deiner Nase tanzt!
Es kloppt Parademarsch der Abbau-General
der Reaktion und pfeift dazu: „Wenn du nicht kannst,
— laß mich mal!“

O Republik, du wolltest abbaun — aber stiecke, stiecke
marschierst die Reaktion und du machst schlapp —
du schließt dein Schläfchen und nun, Republike,
baut man „dich“ ab!

Volkskunst und ihre Wiederbelebung

Von Paul Westheim

Volkskunst ist ein verhältnismäßig neuer Begriff. Unsere Sehnsucht, die Sehnsucht nach einer Art künstlerischer Betätigung, die unwiederbringlich der Vergangenheit angehört, hat das Wort geprägt. In den neunziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts ist in Sachsen der erste Volkskunstverein gegründet worden. Von dieser Zeit an hat man die herrlichen Ueberbleibsel alter Bauernkunst gesammelt, erforscht, bewundert, hat man geträumt, Aehnliches wieder schaffen zu können, und hat sich danach um so heftiger gesehnt, je klarer man einsehen mußte, daß in dieser Welt der kapitalistischen Produktion kein Raum mehr ist für den naiven Spieltrieb selbstgenügsamer Menschen, die zu ihrer eigenen Freude, ohne den geringsten Gedanken an materielle Verwertung, bastelten und schnitzten, so gut, so schön, so buntfarbig es eben gehen mochte. Volkskunst, wie sie mit so hundertfältigen Reizen aus der Spinnstubenphantasie hervorgegangen ist, ist eine unserer romantischen Ekstasen, die mit jedem neuen Stück, das wir in einem weltabgelegenen Dorfbezirk aufzutreiben vermögen, neu entfacht wird. Wie ja um alle verlorenen Paradiise die brennendsten Begierden kreisen...

Sie ist charakteristisch, diese heutige Hochschätzung, während zu Zeiten, da man landauf, landab unermüdlich jene Volkskunst machte, die Masse der Gebildeten kein Auge hatte für die Objekte dieses naiven Bildnerdranges. Die Bauernmalerei wurde als roh, die Schnitzerei als grotesk, das Volkslied als ungereimt angesehen. Es war nicht der Akademikerhochmut allein, der nur der Beachtung wert fand, was nach den durch seine Aesthetik festgelegten Kunstregeln entstanden war. Was da zur Winterszeit, die dem Landmann unfreiwillige Mußstunden aufzwingt, in den Bauernhütten entstanden ist, wollte gar nicht als Kunst im Sinne der vornehmen und gelehrten Stadtherren gewertet werden. Das Mädchen, das sich eine schöne Brautschürze stickte, der junge Vater, der, seines Familienglückes froh, für seinen Erstling eine Wiege schnitzen oder anmalen wollte, wie sie im ganzen Dorf noch nicht aufzufinden war, hatten dabei gar keinen andern Ehrgeiz, als sich selbst und ihren Angehörigen eine gehörige Freude zu machen, oder die andern im Dorf, die sich Aehnliches je gemacht hatten, durch größere Geschicklichkeit, durch launigere Einfälle zu übertreffen. Wie der Hirtenjunge auf einsamer Halde sich zum Zeitvertreib sein Liedchen pfeift, wie er von ungefähr sich gelegentlich auch einmal eine neue Melodie ersinnt, so naiv, so zweckfrei entstand der Schmuck für das Haus oder die eigene Person, für den wir den Sammelnamen Volkskunst aufgebracht haben. Denn es handelt sich immer um einen Schmuck, um etwas Luxus, der dem für die Existenz Notwendigen hinzugefügt wird, und immer um eine Bereicherung des eigenen Ich. Man will sich und seine Umgebung hübsch, eigenartig, beneidenswert machen. So werden die Balken des Hauses angeschnitzt, die Putzflächen, Fensterläden, Truhen und Schränke angemalt, Töpfe gedreht und mit bunten Glasuren überpinselt, Schürzen, Hemden, Westen, Röcke und Kleider bestickt, Zeuge und Teppiche gewebt, Filigranfäden geschlungen, gezimmert, gehämmert, geschnitzt und gemeißelt, so oft es im Stall und auf dem Feld nichts mehr zu tun gibt, und immer aus Lust an der Betätigung, aus dem Wunsch, etwas zustande zu bringen und etwas Schönes zu haben. Weggegeben wurden diese Dinge nämlich nur, wenn man jemandem eine Freude oder eine Verehrung erweisen wollte. Das Beste, das Wohlgelungenste wird in die Kirche getragen und den Heiligen gewidmet. Der Mann ersinnt sich was für die Frau, die Kinder für die Eltern, der Bursche für sein Mädlein, dieses wiederum das Allerschönste für den Bräutigam, wobei man es der Arbeit wohl an-

sieht, daß immer etwas hineingewirkt ist von der Liebe, die man mit solchem Geschenk erzeigen wollte. Es schwindet auch da niemals ganz aus dem Gesichtskreis. Das Auge kann sich dauernd erfreuen an der Schönheit, die der Hand irgendwann einmal in einer guten Stunde gelungen. Begreiflich, daß so etwas mit Innerlichkeiten erfüllt ist, mit denen auch der tüchtigste Handwerker, der für einen ihm im besten Fall flüchtig bekannten Auftraggeber eine Bestellung auszuführen hat, nur ganz ausnahmsweise sein Werk zu erfüllen vermag. Er schafft vielleicht aus Freude an seiner Arbeit, bestimmt aber aus dem Zwang, durch diese seiner Hände Tätigkeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Er folgt also nicht mehr einem befreienden Spieltrieb, sondern den Notwendigkeiten seines Lebensberufs, wobei es ganz gleichgültig ist, ob er in der Stadt eine Werkstatt zu unterhalten oder draußen auf dem Lande als Heim- und Akkordarbeiter ein mehr oder minder einträgliches Dasein zu fristen hat.

In diesem Gegensatz eines Menschen, der aus Lust an der Betätigung und aus der Freude am eigenen Besitz sich zu einer allerhöchsten Leistung anspornt, und einem Berufsarbeiter, der gut bezahlt bekommt, was andern gut gefällt, dessen Produktion auf einem viel verschlungenen Handelsweg in irgendeine unbekannte Hand wandert, beruht das Problem der Volkskunst, das uns soviel Kopfzerbrechen macht, weil wir aus einem begreiflichen ästhetischen Verlangen die Welt, richtiger die wirtschaftliche Ordnung unserer Welt, um ein paar Jahrhunderte zurückdrehen möchten.

Daher die Sackgasse, in die wir mit all unsern Bemühungen um die Volkskunst geraten mußten. Wir haben den Irrtum begangen, dem Problem von der Peripherie aus, will sagen: ganz äußerlich von dem eigenartigen Formen- und Motivenschatz der Volkskunst beikommen zu wollen. Die Röschchen, die Gelbreigelein, die rührsamen Stilisierungen, die primitiv-derben Farben, das war es, was wir uns abzugucken mühten. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß unsere Kunstgewerber, sogar unsere Kunstindustriellen, eine große Fertigkeit in der Verwendung bauernhafter Motive erlangt haben. Eine Zeitlang waren Kunstgewerbe- und Warenhäuser vollgepfropft mit Geschirr, mit Textilien, geschnitzten und bemalten Holzwaren, die den Anschein erwecken wollten, als ob unserer Kunstgewerbeindustrie auf einmal eine riesenhafte Erbschaft aus Großväter Zeiten zugefallen wäre. Es war eine Pseudo-Volkskunst, die den Kenner und Liebhaber jenes naiv-freudigen Hausfleißes abstoßen mußte und die als eine jener vielen Saisonmoden der aut Abwechslung bedachten Geschmacksindustrie mit ihrer Saison auch schon wieder vergangen ist.

Volkskunst konnte das so wenig werden, wie eine neue Gotik entstanden ist, als ein paar Jahrzehnte zurück unsere Surrogatindustrie anfang, ihre Zinkguß-, Eisenguß- und Steingußwaren mit gotischer Spitzbogen-Ornamentik zu versehen, so wenig, wie mit dem bis zum Unerträglichen plagiierten Akantus der Antike uns eine neue Renaissance beschieden war. Mit so äußerlichen Mittelchen an künstlerische Wiedergeburt zu denken, ist banausisch. Auch bei der Volkskunst ist jener Motivenschatz — so häufig er auch in den verschiedensten Bezirken wiederkehrt — eine Aeußerlichkeit. Die Schönheit echter, alter Volkskunstarbeiten ist die natürliche Folge von Schaffensbedingungen, wie sie nur einmal, nur eben diesem dörflichen Liebhaber zu Gebote standen.

Die alte Volkskunst ist nämlich, wenn man sich an eine Definition dieses noch ziemlich unklaren Begriffes heranwagt, vermutlich Eigenarbeit für den Eigenbedarf. Ein Mädchen stickt und putzt sich an langen Winterabenden eine Brauthaube. Sie soll ihr an ihrem Hochzeitstage eine Zier sein. Alle Wissenschaft, die sie sich von der Mutter, von der Muhme, von den Freundinnen je aneignen konnte, wird

bei der Gelegenheit aufgeboten. Sie spart nicht an Zeit, nicht an Mühen, nicht an Zutaten. Das Beste an Material und Arbeit ist für solchen Ehrentag gerade gut genug. Man will für den Bräutigam schöner, liebender geschmückt sein als je eine, die im Dorfe aufgeboden wurde. Aus solchem Trieb wird ein simples Bauernkind zu einer heimlichen Künstlerin, schafft es vielleicht mit Formen, die im ganzen Bezirk längst gang und gäbe sind, etwas von zauberhafter Kostbarkeit, so daß ganz große Künstler sich geschlagen fühlen müssen. Denn was hier sich auswirkt, ist eine naive Menschlichkeit, die mit dem ungeheuren Schatz eines unverbrauchten Empfindens sich hingibt an die bescheidene Sache, in der Liebe und Leidenschaft, Ehrgeiz und Gestalterfreude verschmolzen sind zu dem einen einzigen Zweck: gefällige Schönheit zu bilden.

Das nur ein Beispiel für diese Art handwerklicher Betätigung. Aber mag die Intensität der Antriebe nicht immer so stark sein, im Wesen bleibt es dasselbe, ob einem erwarteten Kind die Wiege geflochten, ob dem Ehegatten eine Weste oder ein Prunkmantel gefertigt, ob aus besonderem Anlaß der heimatlichen Kirche eine Maria, ein heiliger Franziskus, ein heiliger Antonius geschnitzt, ob der Griff der Flinte oder des Messers mit Tier- und Menschenfiguren über und über verziert wird. Es ist ein Schaffen, bei dem die Freude an der Arbeit und die Freude über die trefflich gelungene Arbeit der höchste Lohn sind. Uns, die wir nur aus Interesse, nur um Erfolg, Ruhm, Lohn oder dergleichen zu arbeiten gewohnt sind, muß das in Entzücken versetzen wie die Romantik einer guten alten Zeit, die wir nicht mehr zurückträumen können. Dieses naive, zweckfreie, hingebungselige Schaffen ist das Problem der Volkskunst; an ihm haben alle Fragen nach einer Zukunft, nach einer Wiederbelebung anzuknüpfen.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Wirtschaft und Sozialpolitik

In den Debatten um die Belastung der Industrie ist eine Klage immer wieder hervorgebracht worden: Die hohen Ausgaben für die soziale Fürsorge. Wo das Dawes-Gutachten und die damit zusammenhängenden Leistungen der Industrie in der unternehmerfreundlichen Presse behandelt wird, fehlt nie der Hinweis, daß die Ausgaben für die Sozialversicherung usw. dann unmöglich noch in der bisherigen Höhe fortbestehen könnten. Teilweise wird auch umfangreiches Zahlenmaterial veröffentlicht, dessen Richtigkeit von der Öffentlichkeit schwer nachgeprüft werden kann.

Gewiß muß die Industrie, um wieder in allen Artikeln konkurrenzfähig zu werden, sparen. Nach Beendigung des Krieges wurde die Phrase in allen Tonarten heruntergeleiert, daß die Arbeitskraft des deutschen Volkes der einzige Fundus sei, aus dem die Kraft zum Wiederaufstieg geschöpft werden könne. Regierungen, Parlamente, die Presse, kurzum alle verantwortlichen Stellen erklärten, daß eine umfassende und in allen Teilen mustergültige Sozialpolitik die höchste Aufgabe der nachnovemberlichen Regierungen sein müsse. Die Inflation, dieses gefräßige Ungeheuer, sog auch den Organen der Sozialversicherung den letzten Rest von Mark aus den Knochen. Das Vermögen der Krankenkassen, der Invaliden-, Angestelltenversicherung usw. war schon im Kriege stark dezimiert worden. Ihre Bestände wurden schon in den ersten Tagen der Mobilmachung verpulvert. Dieser Betrug, diese Verschleuderung von Arbeitergeldern, ist niemals wieder gut gemacht worden. In den schlimmsten Zeiten der Inflation war es

so weit gekommen, daß die Arbeiter wohl Beiträge für die Sozialversicherung zu leisten hatten, aber Gegenleistungen seitens der Krankenkassen und Versicherungsanstalten nur in geringem Maße erfolgten.

Jetzt muß der vollständige Wiederaufbau und Ausbau der so vielgelobten deutschen Sozialversicherung mit allen Mitteln betrieben werden. Nach den furchtbaren Strapazen des letzten Jahrzehnts darf der Arbeiterschaft nicht der letzte Rückhalt noch genommen werden. Ein altes englisches Sprichwort sagt: „Es treibt ein Volk des Uebels größtes Spiel, wo Reichtum wuchs, doch Menschenkraft zerfiel“. Die Arbeiterklasse muß selbst den Kampf aufnehmen. Wie es mit der Frage des Achtstundentags aussieht, haben die letzten Tagungen des internationalen Arbeitsamts in Genf bewiesen. Hier marschierte Deutschland nicht voran, sondern in weitem Abstand hinterher. Mit Recht wird man in Zukunft in der Arbeitszeitfrage von einem sozialen deutschen Dumping reden können.

Der Hauptverband der deutschen Krankenkassen hat den schätzenswerten Versuch unternommen, den Anteil zahlenmäßig festzustellen, den die Sozialversicherung von der Wirtschaft fordert. In der „Ortskrankenkasse“, Zeitschrift des Verbandes deutscher Krankenkassen, Dresden, berichtet F. Okrass über die Feststellungen, die sich ergaben. Der Hauptverband der Krankenkassen hatte den Unternehmern einen Fragebogen zur Sache gesandt. Man sollte erwarten, daß auch die Unternehmer den Versuch der zahlenmäßigen Feststellung einer objektiven Behörde begrüßt hätten. Doch das Gegenteil war der Fall. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin, hatte sich gegen den Plan des Hauptverbandes ausgesprochen und versucht, denselben zu unterbinden.

An reinen Sozialversicherungsbeiträgen mußten für die Arbeiter 1,12 Prozent des Gesamtumsatzes aufgewandt werden. Hiervon ist der Versichertenanteil mit 0,62 Prozent abzuziehen, so daß als Arbeitgeber-Anteil 0,50 Prozent des Umsatzes übrigbleibt. Für die reine Sozialversicherung der Arbeiter hatte der Unternehmer $\frac{1}{200}$ seines Gesamtumsatzes aufzuwenden. Durch Hinzurechnung der Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge steigt dieses Ergebnis auf 0,63 Proz. des Gesamtumsatzes. Rechnet man die Ausgaben für die Angestellten, einschließlich der Erwerbslosenfürsorge, hinzu, dann erhöht sich der Arbeitgeberanteil auf 0,89 Proz., gleich $\frac{1}{111}$ des Gesamtumsatzes. Man kann also keineswegs sagen, daß die Leistungen der Unternehmer bezüglich der sozialen Fürsorge für die Industrie ruinös wirken. Die Öffentlichkeit wird im Gegenteil erstaunt sein, daß der Prozentsatz so gering ist.

Interessant ist noch ein Vergleich mit der Lohnsumme. Im März, auf dem sich die Untersuchung des Hauptverbandes aufbaut, mußten die Arbeiter einschließlich der Erwerbslosenfürsorge 7,33 Proz. ihres Lohnes für die Sozialversicherung aufbringen. Bei den Angestellten betrug dieser Prozentsatz nur 5,01 des Einkommens. Insgesamt mußten die Versicherten 6,92 Proz. ihres Einkommens für die Sozialversicherung opfern. Die Unternehmer leisteten einen Beitrag von 5,63 Proz. der Lohn- und Gehaltssumme.

Man kann dem Hauptverband der deutschen Krankenkassen nur dankbar sein, daß er eine so ausführliche Untersuchung zustande brachte. In den bevorstehenden Auseinandersetzungen wird dieses Material mit Nutzen verwandt werden können.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Le baron de Rheinbaben. Die „Deutsche Tagesztg.“ meldet telt:

„Rheinbaben in London.

London, 15. Juli.

Staatssekretär a. D. Freiherr v. Rheinbaben trifft heute hier ein.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht von ihrem Vorrecht, Falsches oder bestenfalls Halbrichtiges mitzuteilen, wieder einmal vollkommenen Gebrauch. Zwar ist es auch uns noch nicht möglich, genau zu sagen, wie der Herr, der in Paris als Le baron de Rheinbaben, député... auftrat, sich in London titulierte, ob als Sir, Viscount oder Lord, aber wir versprechen unsern Lesern genauesten Bericht. Wir sind auch bereit, zu erzählen, wie die heroische Perspektive, die durch das Eintreffen genannten Rheinbabens in London aufgebrochen wurde, verschütt ging. In Paris hat le baron jedenfalls grenzenlose Heiterkeit erregt, ausgenommen beim Direktor des Louvre, der anbauen wollte, um die Kuriosität wilhelminischen Barocks würdig zu placieren. In London — das aber ganz vertraulich — soll der Direktor des prähistorischen Museums schon einen ganzen Saal freigemacht haben für: Greisenembryo republic. imperial. verstellbar.

Von Reuter zu Toller. Die groß-agrarischen Kreise Mecklenburgs und andere Urpreußen haben dieser Tage duftende Reseden neben den köstlichen Landschinken gestellt und an Reuter gedacht. Schwarz-weißrot ging die Festflagge hoch, während in der Reclam-Ausgabe von Onkel Bräsig gelesen wurde. Zu gleicher Zeit wurde Ernst Toller aus dem Festungsgefängnis entlassen. Ein Rebell, ein Bolschewist, einer, der nicht einmal an die Herren v. Bredow, Itzenplitz und auf Machnow glaubt. Kurz, der reine Reuter. Denn so wenig Toller ein Reuter ist, in dem einen Entscheidenden, dem für die Itzenplitze Entscheidenden ist er es den-

noch: auch Onkel Bräsig hatte seine Stromtid. An die werden die Feudalen zwischen Resedenduft und Landschinken kaum gedacht haben. Auch daran nicht, daß es damals hieß, besagter Reuter solle wegen burschenschaftlicher Umtriebe und schwarz-rot-goldener Demonstrationen und gar wegen Majestätsbeleidigung mittels des Beiles vom Leben zum Tode gebracht werden. Es bleibt also die Möglichkeit, daß, wenn die Not der Agrarier sich so weiter entwickelt und die alten Geschlechter körperlich verfallen, Hinkemanns Ohnmacht Symbol des deutschen Adels sein wird. Dann wird Fritze gehörig lachen und endlich, wenn auch auf andere Weise, erfüllt sehen, was er so gern sang: „Schmiert die Guillotine, schmiert die Guillotine mit dem Fürstenfett ...“

Wie Jarres und Roethe der Republik dienen. Am 4. Juli wurden die nachstehenden Briefe abgesandt:

1. An den Minister des Innern,

Jarres:

Sehr verehrter Herr Minister, wir erlauben uns, Ihnen beiliegend das letzte Heft der „Glocke“ zu überreichen, das Sie sehr interessieren dürfte, weil es der Bewegung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gewidmet ist. An dieser Bewegung, die zur Verteidigung der Würde der Republik gegründet wurde und darüber hinaus den Gedanken der Verfassung in weitestem Ausmaße fördern will, werden Sie sicher auf das lebhafteste teilnehmen. Wir sind gern bereit, aus den Artikeln, die der Bewegung Schwarz-Rot-Gold gewidmet sind, einen Sonderabdruck herzustellen und würden, wenn Sie dies für zweckmäßig halten, Ihnen eine größere Anzahl dieser Sonderabdrucke zur Verfügung stellen zum Zwecke der Verteilung an die Beamten der Republik.

2. An den Professor Dr. Gustav Roethe, Rektor der Berliner Universität, Berlin.

Eurer Magnifizienz

überreichen wir das letzte Heft unserer Zeitschrift „Die Glocke“, das dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gewidmet ist. Als Rektor der Berliner Universität werden Euer Magnifizienz mit besonderem Eifer das Verständnis für die Republik und die Verfassung und den Respekt vor den Reichsfarben unter den Studenten zu fördern versuchen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, keine Parteiangelegenheit, vielmehr eine Angelegenheit der nationalen Würde und des Staatsbekenntnisses, darf verlangen, der Studentenschaft nahegebracht zu werden. Wir glauben darum, Eure Magnifizienz darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß wir von dem übersandten Heft der „Glocke“, soweit es sich mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold befaßt, einen Sonderabdruck herstellen, und daß wir bereit sind, Eurer Magnifizienz zur Verteilung an die Berliner Studentenschaft eine größere Anzahl von Exemplaren zur Verfügung zu stellen.

Wir scheinen wieder einmal arg naiv gewesen zu sein. Keiner der beiden Herren hat geantwortet; jeder der beiden Herren schlägt es aus, einen Ballen von Schriften zur Förderung der Republik geschenkt zu bekommen. Der Minister möchte weder seinen Beamten, noch der Rektor seinen Studenten Schwarz-Rot-Gold ans Herz legen. Bleibt zu fragen, was in einer Republik eigentlich geschehen müßte, wenn ein Minister, der obendrein für das Innere zu sorgen hat, und wenn ein Universitätsrektor, der das Geld der Republik nimmt und dessen Studenten von den Steuerzahlern der Republik erhalten und ernährt werden, so grob vernachlässigen, eine Gelegenheit zu nutzen, Staatsfreudigkeit und Respekt vor der Verfassung zu fördern. Fritz Reuter etwa würde seinem Lieblingslied eine neue Strophe hinzu-

gefügt haben, vielleicht nicht gerade etwas vom Beil, aber desto mehr von der Rute. R. Br.

Die Hexe

Ein Film, über den um der Gattung und der besonderen Gestaltung willen sich wieder einmal ernstlich reden läßt. Er stammt von dem dänischen, amerikanisierten Regisseur Benjamin Christensen, der bisher meines Wissens nur mit einem bildmäßig bewegten und plastischen, aber reichlich kindlichen Lustspiel „Meine Frau, die Unbekannte“ bei uns erschienen ist. „Die Hexe“, mit schwedischen und dänischen Schauspielern gestellt, war vor zwei, drei Jahren einer der größten Filmerfolge Skandinaviens. Bei uns lag er lange unter der Quarantäne der Zensur, unter steter Gefahr, überhaupt nicht ans Licht zu dürfen, und soll auch erst nach ziemlich eingreifenden Operationen wieder freigekommen sein.

„Die Hexe“ ist ein Aufklärungsfilm bes'er Art, wenn dies Wort nicht ein für allemal durch die berüchtigten Nachkriegsferkeleien mißbraucht wäre. Er bekämpft einen Aberglauben und damit den Aberglauben, bekämpft die Barbarei im Dienste des Aberglaubens und damit die Barbarei auf der ganzen Linie. Für den Durchschnittskino-besucher zwischen Abendbrot und Amüsement ist dieser Film keine ungemischte Freude. Er schlägt mit Stacheln und mit Keulen, mit allen fromm und sorglich ausgeklügelten Marterinstrumenten des Mittelalters auf uns ein. Er stößt mit seinen (sachlich leider so berechtigten und begründeten) Brutalitäten geradezu bis in die Magen-grube. Manch einer riß mittendrin aus, gewiß nicht aus Langeweile, aber aus Nervenschwäche; Standhaftere k'agen trockenen Gaumens über verlorenen Appetit.

Es ist in der Tat kaum ein Film zu sehen gewesen, der eine so starke und unmittelbare physische Wirkung ausübt. Das liegt nicht allein an den wollüstigen Quälereien der Inquisition, die übrigens historische Spielfilme vielfach ohne

zwingenden Anlaß zur sensationellen Würze aufzichten, sondern daran, daß „Die Hexe“ einen weit höheren Grad von Wirklichkeit vortäuscht, nein, eben nicht vortäuscht, sondern enthält, indem sie sich eben der konstruierten Fabel des Spielfilms enthält.

Es ist ein geschichtlicher Anschauungsunterricht, der geradezu Epoche machen könnte, und ist neben der Anschauung Interpretation wiederum durch das lebende Bild. Die erdphysikalischen, astronomischen Vorstellungen des Mittelalters von dem tellurisch zentralisierten Weltganzen, schematisch aufgerissen und erläutert, bilden die Voraussetzungen für den Höllen- und Hexenglauben. Es gab Quacksalber und Gutgläubige, Geschäftsmacher und Hysteriker, die bewußt oder unbewußt die Rolle der Hexen spielten, und es gab vor allem das Millionenheer der Verdächtigten und Beschuldigten, das im Laufe der Jahrhunderte in allen Ländern Europas durch das peinliche Verfahren der Folter und des Flammentodes ausgerottet wurde.

Der anschaulichste Beweis wird durch die geschichtliche Parallele erbracht. Dem dogmatischen Aberglauben des Mittelalters wird die aufhellende Wissenschaftlichkeit der Neuzeit gegenübergestellt: der Vettel, die in ihrer Sudelküche Liebestränke an mannstolle Bürgerstöchter verkauft, die moderne Kartenlegerin, die Zukunft und Glück weissagt; der besessenen Nonne, die der Muttergottesfigur das Jesuskind stiehlt, die moderne Juwelendiebin, die in der Kriegszeit seelisch zusammengebrochen ist; der teuflergläubigen Träumerin, deren Phantasie sich dem Bösen gattet, die nachtwandelnde Halluzinantin, die sich von bewunderten Männern des öffentlichen Lebens bedroht und mißhandelt glaubt. Die Unempfindlichkeit des Hysterikers auf starke Druckreize auf gewisse Hautstellen ist erwiesen; die mittelalterliche Hexenprobe kannte das Symptom, interpretierte es aber theologisch: da die Hexe die Unempfindlichkeit besaß und gleichzeitig Handlungen beging, die wir heute dem Hyste-

riker zuschreiben müssen, stand sie mit dem Bösen im Bunde.

Die Wirklichkeitsnähe und damit die Eindrucksstärke dieses Films beruht im Gegensatz zu den geschichtlichen Filmen, die die sogenannten Großen, die Panoptikumfiguren, aufmarschieren lassen, auch darauf, daß er soziale Durchschnittstypen des Mittelalters zeigt. Das gibt eine gewisse Familiennähe und vermindert den geschichtlichen Abstand vollends, der durch den interpretierenden Parallelismus der Bilder überbrückt wird. Erst ganz allmählich geht die bewegte Bilderfibel in den zeitlichen Zusammenhang einer Fabel über: wie Krankheit des Hausvaters den Hexenverdacht auf eine armselige Hausbettlerin wirft, und diese wiederum, unter der Folter bekennd, das ganze Haus des Kranken mitbeschuldigt und auf den Scheiterhaufen bringt.

Die neue Struktur des Filmanuskripts allein würde nicht ausreichen, alle diese Wirkungen zu bestreiten, wenn nicht auch das eigentlich Bildhafte selbst die Merkmale einer sicheren Hand und eines überschauenden Blicks trüge, ein starkes beflügeltes Tempo und den Reiz wechselnder Formate und treffender Ausschnitte aufwiese. Nur in den eigentlichen Blocksberg-szenen riecht es noch ein wenig zu sehr nach Theaterdampf.

Alfons Fedor Cohn.

Jan Hus und Deutschland

Der 6. Juli ist der Geburts- wie der Verbrennungstag des tschechischen Nationalmartyrers und -helden Magister Jan Hus, der wegen seiner „ketzerischen“ Lehren der römischen Inquisition anheimfiel. Dieser Tag wird alle Jahre von den Tschechen gefeiert, zumal seit das grandiose Hus-Denkmal auf dem Altstädter Platz zu Prag steht, auf demselben Platz vor dem herrlichen gotischen Rathaus, wo rote Steine im Pflaster die Hinrichtungsstelle anzeigen, die nach der Schlacht am Weißen Berg vom Blut der tschechischen Führer gerötet wurde. In diesem Jahr war die Hus-Feier

ganz besonders großartig, da sie mit einem Zusammentreffen der tschechischen Legionäre aus dem Weltkrieg verbunden wurde. Die Legionäre, zu Tausenden in den Kriegsuniformen der Entente versammelt, brachten nach dem toten Hus auch dem lebendigen Masaryk auf dem Hradschin ihre Huldigung dar.

Nun hat der tschechische Senator Dr. Jan Herben ein Informationsbuch über den Widerhall der tschechischen Reformation im Ausland geschrieben, und darin teilt er über ihre Wirkung auf Deutschland u. a. mit:

„Wessen sich die deutschen Kreuzfahrer gegen das Hussitentum wohl am allerwenigsten gewärtig waren, geschah: das Hussitentum gewann auch in Deutschland viele deutsche Priester. In Deutschland loderten viele Scheiterhaufen, und zwar in allen Gegenden. Einer der ersten deutschen Gottesgelehrten, der des hussitischen Ketzeriums beschuldigt wurde, war der Erfurter Priester Johann Wesel, später wurde auch der sogenannte ‚Agrarheilige‘ Böhlm wegen desselben Vergehens vor das Inquisitionsgericht gestellt. In Worms wurde im Jahre 1425 Johann Drähndorf verbrannt, da man bei ihm 18 Irrtümer der Taboriten festgestellt hatte, im Jahre 1426 starb in Speier sein Freund Peter Turnov. Keiner widerrief. Im Jahre 1458 wurde der Prediger Friedrich Reiser verbrannt, ein angeblicher Waldenser, der dessen überführt wurde, daß er mit dem tschechischen Meister Englisch Verkehr gepflogen, in Tabor gelebt habe und dort von Mikulas Pelhřimovsky zum Priester geweiht worden sei, hierauf mit tschechischen Boten nach Basel reiste usw. Ein Hussite war der Norddeutsche Mathias Hagen, der den Hussitismus in Brandenburg verbreitete und 1458 verbrannt wurde. Ein anderer berühmter Bekenner des Hussitentums im Norden war Nikolaus Rutze, dem das Schicksal einen natürlichen Tod vergönnt hatte und der um das Jahr 1508 starb. Er war Uebersetzer folgender Schriften von Hus: ‚Dreiströmiges Stricklein‘,

‚Auslegung des Glaubens‘, ‚Die Zehengebote‘, und ‚Die Gebete des Herrn‘, obgleich er seinem Bekenntnis nach eher Waldenser war.

Der deutsche Historiker Franz v. Bezold schreibt in seiner ‚Geschichte des Hussitentums‘ von den Tschechen: Es pflegt das tragische Schicksal mancher Nation zu sein, daß sie furchtbare Kriege im Interesse der ganzen Menschheit führen, allein hierbei ihre ganze Beute und Kraft opfern. Nicht für die Befreiung und Größe seines Volkes errang der hussitische Krieger Sieg auf Sieg, sondern für die Befreiung und Erweckung seiner verhaßten Gegner, vor allem der Deutschen. In welcher Verachtung die Tschechen bei ihren Nachbarn standen — so schreibt Herben —, sehen wir an Luther. Wie verkroch sich Luther, als sein Gegner Eck, nachdem er die Aufforderung zu einer Disputation im Jahre 1519 angenommen, ausrief: ‚Du bist ein Ketzer und ein Tscheche!‘ Luther erklärte es sofort in einer Predigt für eine Lüge, daß er sich der ketzerischen Tschechen habe annehmen wollen. Rührend ist, wie Luther in der Folgezeit immer weicher wird, als er die Lehre Hussens besser kennen lernt, bis er Anfang 1520 an Spalatinus schreibt: Unbewußt habe ich bisher die ganze Lehre Jan Hussens gepredigt und erhärtet. Ebenso handelte Johann Staupnitz — mit einem Worte, wir waren alle Hussiten, ohne daß wir es gewußt hätten. Selbst Paulus und Augustinus sind Hussiten — in wörtlicher Bedeutung. Siehe die furchtbare Not, in die wir gestürzt wurden, weil wir uns den Doktor der Tschechen nicht zum Führer nahmen.

Luther lernte später auch die böhmische Bruderschaft kennen und stellte ihrem inneren Leben ein glänzendes Zeugnis aus. „... Obgleich uns die Brüder durch die Reinheit ihrer Lehre nicht übertreffen, ... sind sie uns doch durch ihre kirchliche Disziplin, die sie üben, und mit deren Hilfe sie glücklich ihre Kirchen verwalten, bei weitem überlegen.“ ri. bn.